1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 39 vom 28. September 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche



Bei den streikenden britischen Bergarbeitern Reportage
Seiten 5 - 8

Rückwärts mit der CDU

Reaganomics nennt man die rücksichtslose Wirtschaftspolitik des Ronald Reagan, die mit den Worten: alles für die Kapitalisten kurz, und richtig beschrieben ist. „Reaganomics auf rheinisch" nannte der „Spiegel" einen Vorschlag des rheinischen CDU-Landesvorsitzenden Worms. Worms, der im kommenden Frühjahr als schwarzer Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen bei den Landtagswahlen antreten will, hat kürzlich Zukunftspläne für das Land an Rhein und Ruhr kundgetan: Er möchte am liebsten Freihandelszonen einrichten. Ohne jegliche Schutzbestimmungen ein Paradies für Unternehmer schaffen. Keinerlei Umweltauflagen, keinerlei Tarifverträge sollen gelten, nichts, was irgendwie Kapitalisten davon abhalten könnte, hier die große Kohle zu machen. Alles unter der Wahlkampfparole „Bündnis der CDU mit den Arbeitnehmern".

Eine tolle Lösung für die von der Kohle- und Stahlkrise arg gebeutelte Region. Die Arbeiter und Angestellten verzichten auf alle in hundert Jahren erkämpften Rechte, auf das Wenige an sozialer Sicherung, lassen die Unternehmer die Umwelt hemmungslos vergiften und wählen darum am besten CDU. Wenn dieses nur der Versuch eines blassen Kommunalpolitikers wäre, in die Schlagzeilen zu kommen, es wäre keines weiteren Kommentars wert. Das Problem allerdings scheint uns zu sein, daß Bernhard Worms hier wirklich sozialpolitische Zukunftsvorstellungen seiner Partei ausgeplaudert hat.

Der Lügner

Lügen, Verdrehungen, eine zionistische Weltverschwörung — das alles führte der Staatsminister im Auswärtigen Amt an, als er in den Ruf kam, Amt und Geschäfte unzulässig zu verbinden. Er habe seit seinem Amtsantritt als Minister sämtliche Firmenbeteiligungen aufgegeben. Gelogen. In dieser Woche wurde bekannt, daß er auch nach dem Amtsantritt Gesellschafter einer obskuren Werbeagentur war, für deren undurchschaubare Geschäfte er sogar im August dieses Jahres von einem Münchner Gericht verurteilt worden ist.

Bei Ausländerehen — 3jährige Trennung zumutbar

Zweierlei Recht für Ausländer und Deutsche

Unterstützt den Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit!

Wenn ein deutsches Ehepaar drei Jahre getrennt lebt, gilt die Ehe für jeden Scheidungsrichter als zerrüttet. Wenn aber ein Ausländer, der in der Bundesrepublik lebt, eine Frau aus seiner Heimat heiratet, dann — so hat das Bundesverwaltungsgericht jetzt entschieden — können beide gezwungen werden, drei Jahre getrennt zu leben. Das ist zumutbar, denn: wenn sie unbedingt zusammenleben wollen, kann der in der BRD lebende Partner ja in die Türkei gehen. Meinten bisher schon die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern. Meinen jetzt die obersten Bundesrichter.

Zweierlei Recht also für Ausländer und Deutsche, das für die ausländischen Mitbürger praktisch zur totalen Rechtlosigkeit werden wird, wenn die Pläne von Bundesinnenminister Zimmermann zur Verschärfung des Ausländergesetzes Wirklichkeit werden sollten, (siehe dazu Seite 3). Ob es dazu kommt, wird sich in der nächsten Zeit entscheiden.

Deshalb ist es höchste Zeit, alles zu tun, um gegen diese reaktionären Pläne mobil zu machen. Die KPD ruft alle auf, den Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik zu unterstützen. Der Marsch startet an diesem Wochenende in Westberlin bzw. Hamburg und in München und wird am 13. Oktober in Köln eintreffen. Beteiligt euch an den örtlichen Aktivitäten! Kommt zum Abschlußtag nach Köln!



Die Marschroute auf einen Blick

Nordgruppe: Berlin: 1.10.; Hamburg: 1.10.; Bremen: 2.10.; Hannover: 3.10.; Bielefeld, Gütersloh, Herne: 4.10.; Münster: 5.10.; Dortmund: 6./7.10.; Witten: 8.10.; Bochum, Gelsenkirchen, Essen: 8./9.10.; Oberhausen, Mülheim, Duisburg: 10.10.; Krefeld/Düsseldorf: 11.10.; Siegburg, Bonn, Erftkreis: 12.10.; Köln: 13.10.

Südgruppe: München: 29.9.; Nürnberg: 30.9.; Heilbronn: 1.10.; Schwäbisch-Gmünd: 2.10.; Ulm: 3.10.; Pforzheim: 4.10.; Stuttgart: 5.10.; Mannheim/Heidelberg, Darmstadt: 6./7.10.; Wiesbaden: 8.10.; Frankfurt: 9.10.; Gießen, Marburg, Wetzlar: 10.10.; Kassel: 11.10.; Bonn/Erftkreis: 12.10., Köln: 13.10.

Samstag, 13. Oktober in Köln

Aktionstag gegen Ausländerfeindlichkeit

Was findet statt?
9.30 Uhr Demonstration durch Köln-Ehrenfeld.
12.00 Uhr Kundgebung auf dem Roncalli-Platz am Dom.
14.30 Uhr bis 18.00 Uhr Veranstaltung.
18.00 Uhr Kulturprogramm in der Kölner Sporthalle.

Bischof von Fulda macht mobil

Auf nach Fulda!

Der Bischof von Fulda, bekanntgeworden dadurch, daß er die Friedensbewegung nicht auf „seinen" Domplatz lassen wollte, macht mobil — gegen die Friedensbewegung.

Am letzten Wochenende verteilten katholische Funktionäre Tausende von Flugblättern an den Kirchentüren, in denen sie die Bevölkerung aufriefen, sich von der „selbsternannten Friedensbewegung" zu distanzieren. Denn die wahre Friedensbewegun für einen Katholiken ist? Erraten! Selbstverständlich die katholische Kirche. Und um ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, was das für eine Friedensbewegung ist, dankt das Flugblatt den US-Soldaten für ihre „40jährige Bereitschaft zum Schutz von Frieden und Freiheit"! Gottes Segen also für den Völkermord in Vietnam. Lateinamerika und anderswo?

Der Bischof steht selbstverständlich nicht alleine mit seiner Hetze. Alfred Dregger beschimpft die Manövergegner als 5. Kolonne Moskaus. Theo Sommer schreibt in der Zeit von „gesetzlosem Treiben", vor dem das Gemeinwesen nicht „kampflos kapitulieren" dürfe. Und Holger Börner — ja Holger Börner ist natürlich für die Friedensbewegung. Aber selbstverständlich nicht auf Kosten der Landesverteidigung. Denn Landesverteidigung muß sein. Das ist Tradition in der SPD. Und deshalb müssen auch die Manöver der NATO sein — das ist klar, oder?

Für uns ist klar: alle, die was gegen Kriegsvorbereitungen und NATO-Manöver haben, gehören am Samstag nach Fulda. Treffpunkt für alle: Domplatz, 15.00 Uhr!

Menschennetz um Fulda

Achtung! Die Planung für den Aufbau des Menschennetzes ist etwas verändert worden. Hier deshalb der letzte Stand:

1. Strecke A Grebenhain/Finkenberg/Fulda

In Grebenhain findet nach der Auftaktkundgebung eine Demonstration zum Giftgasdepot statt. Das Menschennetz selbst beginnt erst in Finkenberg und verläuft dann wie bisher über Oberroda nach Fulda.

2. Strecke B von Bimbach nach Oberrode/Richtung Fulda

Das Menschennetz beginnt wie geplant nach der Auftaktkundgebung in Bimbach.

3. Strecke C von Rasdorf/Dietershan/Fulda

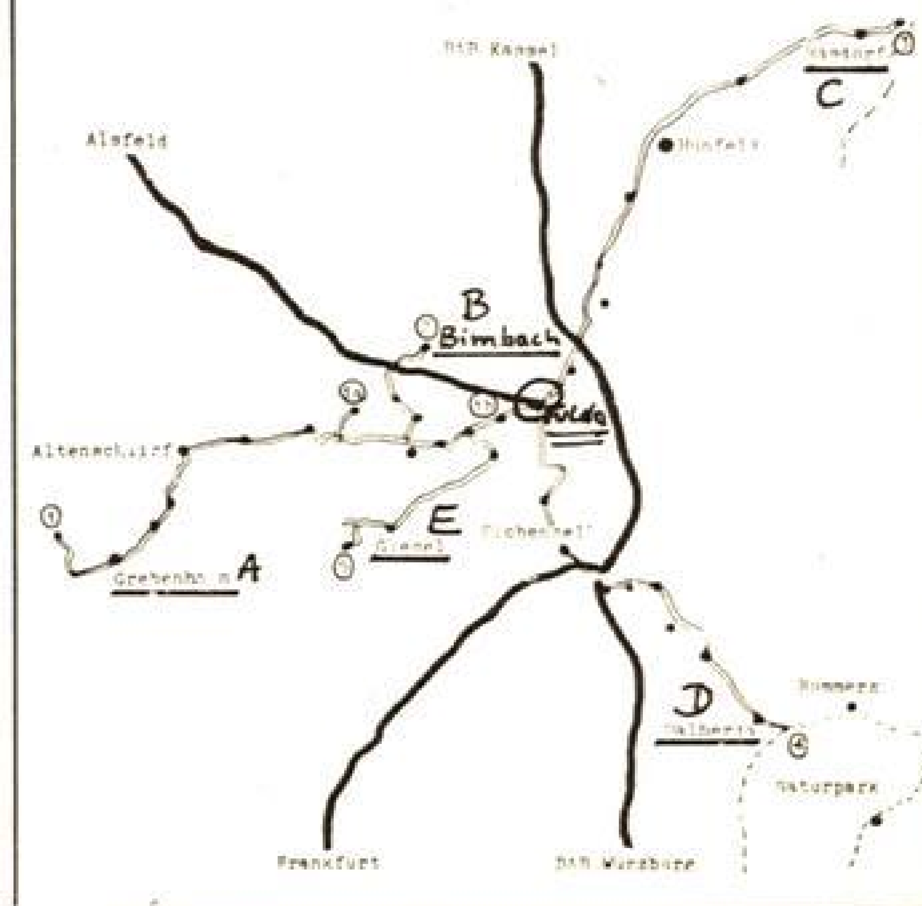
Auftaktkundgebung in Hünfeld, anschließend Demonstration zur dortigen BGS-Kaserne und dem militärischen Übungsgelände „Am Bomberg". Das Menschennetz selbst beginnt in Dietershan und verläuft über eine in Ortsnähe befindliche Schießbahn Richtung Fulda.

4. Strecke D von Dalherda/Fulda

Das Menschennetz beginnt wie geplant in Dalherda.

5. Strecke E Giesel/Sickels/Fulda

Das Menschennetz beginnt bei der US-Ari-Base in Sickels. Von dort wird das Menschennetz direkt nach Fulda geführt.



Erneut Parlamentsbeschluß mißachtet

Schadstoffarme Autos frühestens ab '89

Der Wald stirbt aber jetzt schon

Innenminister Zimmermann sprach von einer „Jahrhundertentscheidung", Alfred Dregger vom „größten Durchbruch in der Kraftfahrzeug-Entgiftung, den es überhaupt jemals gegeben hat auf der Welt". Gemeint ist der Kabinettsbeschluß zu den schadstoffarmen, den sogenannten Katalysator-Autos. Daß dies Gerede Augenwischerei ist, daß im Gegenteil, in der Frage der schadstoffarmen Autor noch alles offen ist, und eine eventuelle Einführung voll auf Kosten der Autofahrer, nicht etwa der Konzerne ginge, wollen wir im folgenden kurz darstellen.

Es war am 9. Februar dieses Jahres. Der gesamte Bundestag, alle Parteien haben eine gemeinsame Entschließung verabschiedet, in der sie als wesentliche Ursache für das dramatische Waldsterben die Autoabgase bezeichnen und fordern, es müsse sichergestellt werden, daß ab. 1. Januar 1986 nur noch Kraftfahrzeuge zugelassen würden, bei denen die Schadstoffemissionen um rund 90 Prozent reduziert werden. Einheitlich ist die Meinung, daß das nur mit dem Katalysator zu machen sei, seine verbindliche Einführung wurde jetzt vom Bonner Kabinett diskutiert.

Und wie im Falle Buschahus kümmerte sich das Kohl-Kabinett einen Dreck um die einhellige Erklärung des Parlaments, wieder einmal haben Konzerne, die Autohersteller, die Mineralölkonzerne sich durchgesetzt.

Fortsetzung auf Seite 2



Windelen „kartet nach“

Da wird Sendung beschworen . . .

Nach dem ganzen Hin und Her der letzten Wochen gab jetzt der Bonner Minister Windelen in einem „Spiegel“-Gespräch eine wohl durchaus als regierungsamtlich zu betrachtende Stellungnahme zur Deutschlandpolitik ab.

Diese Stellungnahme Windelens ist vor allem durch drei Gesichtspunkte charakterisiert.

Erstens: Windelen wiederholt, wie es schon Kohl in seiner Hetzrede in Braunschweig tat, daß diese Regierung die Oder-Neiße-Linie keineswegs als endgültige Grenze ansieht. Wohl heute, für die Bundesrepublik Deutschland (da diese Grenze praktisch — und nur praktisch — sowieso uninteressant ist) mag man sie anerkennen. Gäbe es aber erst einmal ein wiedervereinigtes Deutschland, wie es sich die in Bonn und ihre kapitalistischen Hintermänner vorstellen, dann soll auch die polnische Westgrenze „Verhandlungsgegenstand“ werden.

Zweitens: Windelen, ganz im Stile seines nur scheinbar stets schwadronierenden Kanzlers, beschwört, immer dann, wenn er konkret nach Grenzveränderungen und den hierzu gegebenen Möglichkeiten befragt wird, philosophische Kategorien. Mit anderen Worten: Er weicht aus, taktiert und hält sich alles offen. Bei ihm ist es, wie bei Kohl „die Geschichte“, die das lösen wird. Und daß sie es sind, die diese Geschichte gestalten wollen, das sagen sie nur auf Treffen der Berufsvertriebenen.

Drittens: Windelen unterstreicht in aller Deutlichkeit, daß diese Regierung keinerlei politische Schritte zur Entspannung der Lage unternehmen wird. Zwar betreibt sie (noch nicht?) keine Politik des offenen Abgangs von den Verträgen aus den 70er Jahren, sondern setzt nach wie vor auf Kontinuität mit der damaligen Politik. Aber sie beharrt entschieden darauf, keinerlei „Zugeständnisse“ politischer Art zu machen. Dies betrifft insbesondere die oft genannten „Geraer Forderungen“ Honeckers, vor allem nach der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft.

„Sendungsbewußtsein“, das hatten deutsche Imperialisten von jeher geäußert, wenn es für sie darum gegangen ist, Kriege vorzubereiten, sehr „unfriedliche Geschichtslösungen“ zu versuchen.

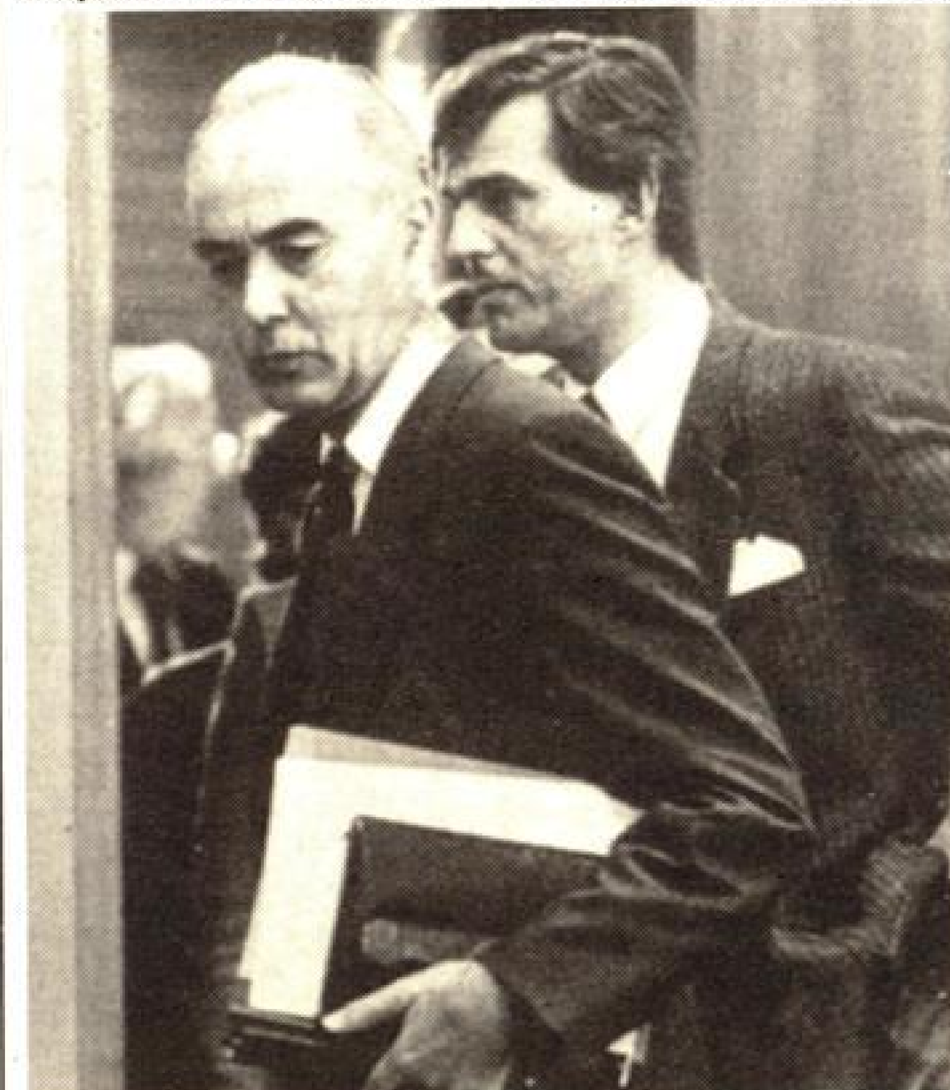
Wobei man noch eines unterstreichen sollte: Mit Wiedervereinigung an sich hat das alles nichts zu tun. Der Fall, daß sich zwei souveräne Staaten aus freiem Willen vereinigen, spielt in all diesen Überlegungen keine Rolle, sie gehen stets von der Angliederung der DDR an die kapitalistische BRD aus.

Neues von der Bestechungsaffäre

Flick befiehlt, FDP handelt

Stückchenweise kommt immer mehr ans Licht. Immer mehr über die Flick-Affäre, die viel mehr ist als ein Bestechungsskandal. Einzelheiten über die Macht der Konzerne, über die Rolle der Politiker wurden bekannt, nachdem erst ein Oberlandesgerichtsbeschluß dem Bonner Untersuchungsausschuß weitere Akteneinsicht erlaubte.

Aus den bislang unter Verschluß gehaltenen Akten geht unter anderem hervor, daß die Zentrale des Flick-Konzerns soetwas wie die Befehlsausgabestelle war, und das schon seit langem. Von Flick über den Konzernbevollmächtigten von Brauchitsch gingen die Befehle an die FDP. Beispielhaft für diese „Zusammenarbeit“ sind Aufzeichnungen des Managers von Brauchitsch über seine „Kontakte“ zum Wirtschaftsminister der Schmidt/Genscher-Regierung und späteren Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Hans Friderichs.



Im (Bundestags-)wahljahr 1976 schon hatte Brauchitsch Friderichs für einen Wechsel der FDP an die Seite der CDU gewonnen. An seinen Boß Friedrich Karl Flick schrieb Brauchitsch dann mit dem Vermerk „persönlich/vertraulich“: *„Zwischen den Zeilen war zu erkennen, daß Friderichs eine Kombination FJS/Finanzen und Friderichs/Wirtschaft für optimal halten würde.“* Die detaillierten Pläne für eine neue Regierung wurden aber nicht nur vage vorbesprochen. Der Flick-Manager hielt sich auch bereit, direkt in mögliche Koalitionsgespräche einzugreifen. Am 3. Oktober war Bundestagswahl. Welche Rolle der Flick-Konzern zu spielen gedachte, zeigt eine weitere Notiz von Brauchitschs an seinen Chef in der Münchener Konzernzentrale: *„Friderichs hat mich gebeten — trotz meines Urlaubs —, in der Phase ab 3. 10. abends zur Verfügung zu stehen, für den Fall, daß ein neutraler Mittler zwischen FDP und CDU erforderlich werden würde. Dem habe ich selbstverständlich zugestimmt.“* Nun vergessen wir mal den „neutralen Mittler“, dann bleibt nichts anderes als das direkte und unmittelbare Mitwirken der Großkonzerne bei der Regierungsbildung und den Plänen der Parteien des Großkapitals. Zwar haben am 3. Oktober 1976 die Wähler die alte sozialliberale Koalition noch mal bestätigt, aber man kann sich nun doch ganz deutlich vorstellen, wie die jetzige Regierung ihre Programmatik, ihre Personalpolitik, ihre Zielvorstellungen entwickelt. **Die Bosse, das Großkapital diktiert!**

Wie direkt Befehlsausgabe und Befehlsausführung ablaufen, zeigen von Brauchitschs Aufzeichnungen über ein Gespräch des Flick-Managers, der zusammen mit dem Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Alfred Herrenhausen, den Wirtschaftsminister in der Frage der damals diskutierten Steuerreform einnordeten. Von Brauchitsch berichtete der Flick-Konzernzentrale: *„Herrenhausen und ich haben gemeinsam ganz massiv auf Friderichs eingewirkt und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß alle Bemühungen um eine Ankurbelung der Wirtschaft erfolglos bleiben, wenn nicht die ertragsunabhängigen Steuern nachhaltig entlastet werden. Friderichs hat zugesagt, das ganze Problem noch einmal zu überdenken.“*

Schon am nächsten Tag erhielt der Flick-Manager Nachricht, daß Friderichs kapiert hatte, und kurze Zeit später äußerte sich der Wirtschaftsminister in einem Interview wie folgt: *„Neben Steuerermäßigungen für Arbeitnehmer wollen wir den Unternehmern Erleichterungen im Bereich der Vermögenssteuer und der ertragsunabhängigen Gewerbesteuer geben.“*

Befehl ausgeführt — das System läuft — *wie geschmiert!*

— Kommentar —

Schwatzbude

Da geht einer ans Rednerpult, legt sich sein Manuskript hin und liest davon ab, daß es einer der Gründe für die Probleme des Bundestages sei, daß jedermann vom Manuskript ablese. So ungefähr ging es in der vergangenen Woche im Bonner Bundestag zu, als die Parlamentarier darüber diskutierten, wie man die Debatten besser führen könnte, wie man das Ansehen des „Hohen Hauses“ verbessern könne — eine klassische Selbstverständnisdiskussion also. Es war kurz gesagt eine der albernsten Vorstellungen, die man sich bislang dort leistete. Die Beiträge gingen um Rednerstil und Redenlänge, um den Einfluß des Fernsehens, um An- und Abwesenheit der Abgeordneten. Revolutionäre Neuerung, und in der Presse groß hervorgehoben, war der Auftritt eines CDU-Abgeordneten, der seinen Wortbeitrag nicht vom Rednerpult, sondern von einem Saalmikrofon aus hielt.

Kein Wort zu Macht oder Ohnmacht des Parlaments, kein Wort zu dem jetzt schon zweimaligen (Katalysator, Buschhaus) Mißachten von Parlamentsentschließungen durch die Regierung, kein Wort zu den „real existierenden“ Wegen der Macht, wie sie im Spendenskandal offenkundig wurden, (siehe auch Flick-Bericht auf dieser Seite). Das Parlament bestätigte, es ist eine Schwatzbude. Der Rote Morgen wird sich in Kürze ausführlicher und genauer mit dem Problemkreis Parlament in Bonn befassen.

Schadstoffarme Autos frühestens ab '89

Der Katalysator kommt frühestens 1989 verbindlich für Neufahrzeuge.

Aus Bonn verlautete, man habe beschlossen, mit Katalysatoren ausgerüstete Fahrzeuge ab 1. 1. 1989 **verbindlich** einzuführen. Schon 1988 gelte das für neuzuzulassende Fahrzeuge über 2000 Kubikzentimeter Hubraum. Die Käufer, bzw. Besitzer solcher Fahrzeuge sollen mit Steuererleichterungen „belohnt“ werden. Steuerbefreiung zwischen zehn und drei Jahren (je nach Anschaffungszeitpunkt und Hubraumvolumen) soll Käufern gewährt werden, die Katalysator-Autos noch vor 1989 kaufen.

Dazu sind zwei Sachen anzumerken: Zunächst ist ein Kabinettsbeschluß nichts, was Rechtskraft hat. Ein Gesetz, eine Vorschrift, etwas **Verbindliches** gibt es in der Frage bislang nicht. Was sich hinter der „Jahrhundertentscheidung“ verbirgt, ist nichts anderes als ein Entwurf zur Novellierung der Straßenverkehrsordnung. Darin ist lediglich vorgesehen, daß umweltfreundliche Autos von 1985 an zugelassen werden **dürfen!** Wann Neuwagen mit Katalysatoren ausgerüstet sein **müssen,** darüber gibt es nur den Kabinettsbeschluß, und der ist insgesamt erst einmal an die Länderregierungen zur Information gegangen, da ist noch alles offen.





Zimmermann und Bangemann — die Retter des deutschen Waldes?

Die Länder haben auch noch ihren Kommentar zur Steuererleichterung abzugeben, hinter der sich auch etwas mehr verbirgt, als die Belohnung für Käufer von schadstoffarmen Autos. Denn bevor die Erleichterungen, (die im Durchschnitt 3000 Mark betragen sollen), in Kraft treten, wird erst mal die Autosteuer **insgesamt erhöht.** Von bisher 14,40 Mark pro hundert Kubikzentimeter soll die KFZ-Steuer dann auf **16.00 Mark steigen.** Und wer nach 1989 noch ein „altes Schätzchen“ fährt, einen Gebrauchtwagen ohne Katalysator, der wird mit **21,60 Mark pro hundert Kubikzentimeter Hubraum zur (Staats)-kasse gebeten.**

So bezahlt dann erst mal die Masse der Autofahrer die Steuererleichterung für die Neuwagenkäufer im „Erleichterungszeitraum“. Begründet wird die notwendige Kaufhilfe, der Anreiz ein abgasarmes Auto zu kaufen, immer mit den höheren Kosten für Katalysator-Autos. Rund 3000 Mark teurer sei so ein Wagen, verkündet die Industrie. Japanische Konzerne wollen allerdings den Umbau, die Umrüstung auf die verlangten niedrigeren Werte für rund 150 Mark leisten. Egal, ob das nur Sprüche unter Konkurrenten sind, eine Chance, den Autokäufer auszunehmen, sehen die Konzerne allemal gern. **Nebenbei: Daimler-Benz, Porsche und andere, liefern ihre Wagen ohne Aufpreis schon seit Jahren mit Katalysatoren in die USA!** Und da stellt sich der neue Wirtschaftsminister Bangemann hin, und erklärt, natürlich sei jede Lösung mit einem früheren Einführungstermin besser gewesen, aber man müsse berücksichtigen, was die Industrie zu leisten in der Lage sei. Als sei es ein technisches Problem, Fahrzeuge, die für den Export vorgeboten werden, auch kurzfristig hier anzubieten.

Und nicht zuletzt — die ersten Proteste aus EG-Staaten gibt es ja schon — hat Bangemann angekündigt, daß auch das jetzt von der Bundesregierung beschlossene Konzept nicht ohne das Einverständnis der zuständigen Gremien der Europäischen Gemeinschaft durchgesetzt werde. **Eine weitere Verschiebung, Änderungen, Aufweichungen dieses ohnehin schon halbherzigen Kabinettsbeschlusses scheinen wahrscheinlich.**

Neben den augenfälligen Mängeln des Kabinettsbeschlusses selbst fallen bei genauerem Hinsehen noch einige weitere Dinge auf: es ist z. B. nur von PKW die Rede. Alle Katalysator-Beschlüsse beziehen sich auf Otto-Motoren, Diesel gilt immer noch als umweltfreundlich. Eine Studie des TÜV-Rheinland hat aber jetzt nachgewiesen, daß ein Drittel der Stickstoff-Schadstoffe aus den Auspufftöpfen von Lastwagen — gemeinhin per Dieselmotor betrieben, stammen. **Rund 500 000 Tonnen des Luftschmutzes werden von den neuen Bonner Beschlüssen gar nicht berührt.** Auch hier liegt die Erklärung auf der Hand: die meisten der 25 Millionen PKW sind Privatfahrzeuge, der Güterverkehr ist ein Wirtschaftszweig — und der wird von Bonn, von dieser Kapitalistenregierung natürlich in keiner Weise gezwungen, Kosten für den Umweltschutz zu tragen.

So bleibt festzuhalten: eine Absichtserklärung aus dem Bundeskabinett, die, würde sie wie verkündet durchgeführt, das Autofahren für die kleinen Leute teurer macht, die wegen der langen Übergangsfristen und der hohen Kosten nach 1989 nur ein Bruchteil der 25 Millionen PKW schadstoffarm machen würde und somit nichts ist als Augenwischerei und kein Beitrag gegen das Waldsterben, das ja auch nicht ganz langsam im Jahre 1989 beginnt . . .

Gegen die breite Kritik an den Bonner Kabinettsbeschlüssen in Sachen Katalysator wird jetzt immer wieder eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung ins Gespräch gebracht. Aber keinesfalls als gesetzliche Bestimmung. „Freie Fahrt dem freien Bürger“, diese Parole der Auto- und Mineralöllobby kommt wieder groß raus. Glaube ja keiner, einer der Politiker von CDU, von FDP oder selbst der SPD traue sich an die heiligsten Dinge des bundesrepublikanischen Bürgers heran: seinen Capri, Manta, Monza, den GTI, GSE, den Turbo. Eine Kampagne *der Vernunft:* „Freiwillig 100, wer will“, hat breiteste Unterstützung, eine Grenze für die Raserei und das Geschäft mit der Geschwindigkeit und der „Freiheit auf Rädern“ ist aus Bonn nicht zu erwarten.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Salih Seker darf nicht ausgewiesen werden!

Korrespondenz aus Freiburg

Beiliegend sende ich euch die Stellungnahme des Rechtsanwalts Michael Moos zu dem Asylverfahren gegen seinen Mandanten Salih Seker. Ich würde euch sehr herzlich bitten, nach Möglichkeit die Presseerklärung wenigstens auszugsweise abzudrucken.

Momentan läuft eine Unterschriftensammlung, die vom Türkeikomitee ausgeht. Im Moment bezieht Salih Seker 250 DM Sozialhilfe im Monat. Das sind 80 Prozent des normalen Sozialhilfesatzes, der üblicherweise an Deutsche gezahlt wird. Und die Sozialhilfe, die an Deutsche gezahlt wird, ist ja auch schon sehr mager. Salih Seker war jetzt beim Sozialamt und hat die Erhöhung der Sozialhilfe auf 100 Prozent beantragt. Das wurde abgelehnt. Deswegen auch die Forderung nach Erhöhung der Sozialhilfe bei der oben erwähnten Unterschriftensammlung. Denn, was Salih Seker jetzt bekommt, ist zum Sterben zuviel und zum Leben zu wenig.

Wenn der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten in Zirndorf mit seiner Berufung gegen die Gerichtsentscheidung vom Sommer, nach der Salih Seker politisches Asyl zu gewähren ist, Erfolg hat und Salih Seker tatsächlich ausgewiesen werden sollte, dann droht ihm in der Türkei das Todesurteil.

Salih wurde in der Türkei schon als Schüler von der Polizei verfolgt, der er als Leiter einer kommunistischen Jugendgruppe in Istanbul galt. Er floh nach dem Abitur in unsere angeblich so demokratische Bundesrepublik. **Wie** Antifaschisten hier gegen Folterungen, Mißhandlungen und Todesurteile geschützt werden, muß er jetzt erleben. Natürlich, unsere Herren waschen ihre Hände in Unschuld. Bei uns wird niemand erschossen, nein, unsere Superdemokraten von allen „christlichen" und „sozialen" Parteien liefern solche unbequemen Antifaschisten wie Salih Seker per Flugzeug mit Vermerk im Paß an ihre Henker in Istanbul aus. Solche Leute nannte man früher „Schreibtischtäter"!

Salih Seker hat kürzlich Arbeitserlaubnis beantragt. Er ist nämlich zum Faulenzen verurteilt, d.h. er hat Arbeitsverbot, obwohl er früher schon längere Zeit hier arbeiten „durfte". Eine Firma in der Ähe von Freiburg (eine größere Fabrik, die viele Arbeiter beschäftigt), hat den Antrag unterstützt und vermerkt (schriftlich an die zuständige Dienststelle), sie würde ihn sofort bei sich einstellen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Außerdem darf Salih Seker das Stadtgebiet von Freiburg nicht verlassen und damit auch diejenigen Freunde, die außerhalb Freiburgs wohnen, nicht mehr besuchen, sonst macht er sich strafbar.

Salih Seker wird hier behandelt wie in einer Diktatur.

Ich meine, wir sind verpflichtet, solchen Menschen zu helfen. Allein schon deshalb, weil früher deutsche politische Verfolgte auf die Hilfe von Antifaschisten in Frankreich, der Schweiz, Holland usw. angewiesen waren und sie auch bekommen haben.

Salih Seker kandidiert jetzt — während seine Abschiebung schon halbwegs geplant wird — bei den Kommunalwahlen hier in Baden-Württemberg bei den Grünen unter der Zielsetzung „Kommunales Wahlrecht für Ausländer" usw. Natürlich wird er als Kandidat nicht anerkannt, weil Ausländer ja kein Wahlrecht haben, (die Grünen haben einen Ersatzkandidaten nominiert.) Aber das ist natürlich trotzdem eine gute Sache.

Die Unterschriftensammlung für Salih Seker ist bis jetzt sehr erfolgreich. Ich war kürzlich im Rahmen eines Info-Standes der Volksfront mitbeteiligt. Hoffen wir, daß wir unser Ziel erreichen können. Salih Seker muß als politischer Flüchtling anerkannt werden!

Pressemitteilung

Mit Urteil vom 19.06.84 hat das Verwaltungsgericht Karlsruhe für Recht erkannt: „Der Bescheid des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vom 31.03.81 wird aufgehoben. Die Beklagte wird verpflichtet, den Kläger als Asylberechtigten anzuerkennen. (...)

In den Entscheidungsgründen hat das Verwaltungsgericht unter anderem ausgeführt:

„Vor seiner Ausreise war der Kläger in der YDGD („Revolutionärer Jugendverein" — RM) aktiv und in hervorgehobener Position tätig. Er hat Propaganda betrieben, Flugblätter verteilt und Mitglieder geworben, an Versammlungen und politischen Aktivitäten wie der 1.-Mai-Demonstration in Istanbul teilgenommen und sich auch am Aufbau einer Gecekondu-Siedlung im Stadtviertel Umraniye beteiligt. (...)

„Ein aktiver Einsatz eines Mitglieds für diese Organisation kann ein Verstoß gegen die Strafbestimmungen der Art. 141, 142, 146 Abs. 2, 169 türkischen Strafgesetzbuches darstellen. Gegen Mitglieder der „YDGDF" laufen Verfahren wegen kommunistischer Aktivitäten (vgl. die Auskünfte des Auswärtigen Amtes vom 15.11.82 und 02.02.83 an das OVG Münster)." (...)

„Die Fortsetzung der politischen Tätigkeit des Klägers in der Bundesrepublik ist nach türkischem Recht wohl ebenfalls strafbar. Eine oppositionelle Betätigung in Deutschland verstößt grundsätzlich gegen den Art. 140 türkisches Strafgesetzbuch." (...)

„Die Kammer braucht zur Frage systematischer oder staatlich geduldeter Folter in der Türkei nicht Stellung zu nehmen, da es auf diese Frage nicht entscheidungserheblich ankommt. Denn trotz des offiziellen Verbots der Folter kam und kommt es nach den der Kammer vorliegenden Berichten jedenfalls vor und nach dem 12.09.80 insbesondere in der Polizeihaft häufig zu schweren körperlichen und psychischen Mißhandlungen, die der türkische Staat sich als unmittelbare staatliche Verfolgung im Sinne des Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG zurechnen lassen muß.

Die in der Polizeihaft drohenden Mißhandlungen sind auch nach Intensität und Schwere von asylrechtlich erheblichem Gewicht. Nach den vorliegenden Berichten kann es nämlich insbesondere zu Elektroschocks an allen Körperteilen, zu sogenannten Falaka (Schläge auf die Fußsohlen), zu Vergewaltigungen mit Polizeiknüppeln und Stöcken, zum Verbrennen mit Zigaretten, zum Brechen von Knochen, Fußtritten, Mißhandlungen der Geschlechtsteile etc. kommen." (...)

Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat mit entsprechender Begründung fünf weiteren Klagen von türkischen Asylbewerbern auf Anerkennung als Asylberechtigte stattgegeben.

Gegen diese Urteile hat nunmehr der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten in 8502 Zirndorf Berufung eingelegt. Seine Berufung zielt darauf ab, durch eine höchstrichterliche Entscheidung bestätigt zu erhalten, daß Salih Seker wie den anderen Klägern in der Türkei keine Folter droht und wenn dies doch der Fall wäre, dies nicht asylrelevant wäre.

Der Fall des türkischen Asylbewerbers Salih Seker ist in den letzten Jahren vor allem in der Region Freiburg öffentlich bekannt geworden. So berichtete die Badische Zeitung ausführlich über seine Geschichte. Salih Seker trug dem Verwaltungsgericht zahlreiche Beweise dafür vor, daß er bei einer Rückkehr in die Türkei Verhaftung, Folter und schärfster Verurteilung ausgesetzt wäre. Selbst in Freiburg wurde er unter anderem durch anonyme Anrufe massiv bedroht, unter anderem im Dezember 83, daß er nicht weiterleben werde, wenn er Freiburg nicht verlasse.

Zahlreiche Untersuchungen belegen, daß in türkischen Gefängnissen gefoltert wird und die Folter gezielt gegen politische Gefangene eingesetzt wird. Es wäre überaus erfreulich gewesen, wenn sich der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten der ausführlichen Begründung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe anschließen hätte können und Salih Seker nach nunmehr über 4 1/2 Jahren Rechtsunsicherheit als Asylbewerber endlich bestandskräftig anerkannt worden wäre. (...)

Gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik —

Weg mit dem Ausländergesetz!

Flugblatt der KPD zum Marsch

In diesen Tagen will Bundesinnenminister Zimmermann im Bundestag den Entwurf eines neuen Ausländergesetzes einbringen. Wenn dieser Entwurf wirklich Gesetz wird, dann wird eine Vertreibungspolitik gegen unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland gesetzlich ermöglicht, wie es sie in Deutschland seit den Tagen des Hitlerfaschismus nicht mehr gegeben hat. Dann wird die totale Entrechtung eines bedeutenden Teils der Arbeiterklasse unseres Landes vervollkommnet, die Spaltung vertieft. Dann haben die westdeutschen Kapitalisten eines ihrer wesentlichen Ziele im Rahmen des Generalangriffs auf die Lage und die Kampfkraft der Arbeiterschaft, für den sie die Unionsparteien in Bonn an die Spitze der Regierung brachten, gesetzlich abgesichert.

Zimmermann will:

- die ausländischen Arbeitslosen rauswerfen. (Strauß erklärte sie erst neulich in der „Bild am Sonntag" für „unerwünscht".) Spätestens nach einem Jahr Arbeitslosenhilfe-Bezugs sollen sie gehen, enorme Summen an von diesen Arbeitern bezahlten Versicherungsleistungen behalten die Kapitalisten und ihr Staat für sich.
- die Familien zerstören. Kindernachzug nur bis sechs Jahre, kaum noch Möglichkeiten zum Ehegattennachzug. Bestandteile einer Politik, die Menschenrechte mit Füßen tritt und außerdem auch viele der ausländischen Kollegen, die noch Arbeit haben, zum Verlassen des Landes bewegen soll.
- ohne Prämien fortsetzen, was mit der „Rückkehrförderung" in den letzten zwölf Monaten begonnen wurde. Mehr als 2 Millionen Ausländer, so verkündete die CDU Anfang des Jahres, sollen bis 1990 gehen. Einfach per Rechtsverordnung, so sieht es nun Zimmermanns Gesetzentwurf vor, soll die Regierung künftig den Aufenthalt beliebig großer Ausländergruppen beenden und Gewaltmaßnahmen zur Ausweisung anordnen können.
- die Solidarität der Arbeiter untergraben und weiteren Anschlägen auf ihre Interessen den Boden bereiten. Ausländer gehen, der Arbeitsplatzabbau geht auch — aber nicht weg, sondern weiter. Aber die ausländischen Kolleginnen und Kollegen, die so hervorragend gekämpft haben wie zuletzt in den Streiks um die 35-Stunden-Woche, die werden uns fehlen, wenn es in Zukunft weiter um die Wahrung der Interessen aller arbeitenden Menschen geht!
- die politischen Rechte zerstören. Zukünftig soll jeder Ausländer, der die „Belange der BRD" stört, gehen müssen. Ebenso jeder, der im Rahmen politischer Auseinandersetzung „Gewalt" anwendet. Wer jetzt an „Terroristen" denkt, denkt falsch: Es geht zum Beispiel um Streikposten in Tarifrunden, in denen es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und organisierten Streikbrechern kommt. Auch hier gibt der Streik für 35 Beispiele.

Diesen Plänen der Regierung treten wir entgegen. Die KPD unterstützt alle Aktionen gegen das neue Gesetz. Wir suchen die Zusammenarbeit mit allen Gegnern ausländerfeindlicher Politik und eines Rassismus, wie er sich heute eben nicht allein in den Gewalttaten der staatlich geduldeten Nazi-Banden zeigt, sondern bereits aus den Worten von Regierungspolitikern spricht. Wir unterstützen den bundesweiten „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik". Den Forderungen der Marschierer trägt das Programm unserer Partei Rechnung.

— **Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche!** Denn die deutschen und die ausländischen Arbeiter gehören zu einer Klasse. Sie verbindet alles, während deutsche Arbeiter und deutsche Kapitalisten nichts vereint.

— Die KPD fordert die **automatische Einbürgerung** aller ausländischen Arbeiter nach einem Jahr Aufenthalt bei Beibehaltung der alten Staatsbürgerschaft. Damit gleiche Rechte ohne bürokratische Schranken gewährt werden müssen und die Ausländer über Verbleib oder Auswanderung frei entscheiden können.

— **Kommunales Wahlrecht als ein Einstieg in die Gleichberechtigung.** Während die Nazi-Terroristen, die ausländische Mitbürger ebenso bedrohen wie Antifaschisten gleich welcher Nationalität, bei Wahlen antreten dürfen, fehlt den Ausländern selbst auf unterster Ebene jedes politische Mitwirkungsrecht. Allein bei den aktuellen Kommunalwahlen in NRW gehen so etwa 600000 Arbeiterstimmen verloren.

Die politische Situation erfordert ein Zusammenstehen aller Antifaschisten gegen die Bonner Pläne. Sie erfordert vor allem solidarisches Handeln aller Arbeiter und ihrer Gewerkschaften.

Weg mit dem Ausländergesetz! Stoppt Strauß und Zimmermann!

Deutsche und ausländische Arbeiter — eine Klasse, eine Kampffront!

Beteiligt euch am „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik"!

Dieses Flugblatt — DIN A3 gefalzt, 1 Seite Text in deutscher und türkischer Sprache, 1 Seite Graphik zum Thema „Arbeitsplätze statt Ausländerhetze" — ist beim Verlag RM zu bestellen. Es ist vor allem für die Ortsgruppen der Partei gedacht, die in Städten sind, in denen der Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik Station macht.

Meldungen

Freispruch für türkische Antifaschisten

Hannover. In Hannover ging jetzt der Prozeß gegen die türkischen Antifaschisten Hassan und Orkan Öner zu Ende. Beide waren bei einer Demonstration gegen die Grauen Wölfe am 21.5.83 verhaftet, des versuchten Totschlags angeklagt und bis Dezember letzten Jahres in U-Haft gehalten worden.

Der Prozeß, der im Oktober begann, brachte aber so haarsträubende Dinge über das vorgelegte Beweismaterial zutage — z.B. stellte sich heraus, daß das Vernehmungsprotokoll gefälscht worden war — daß das Gericht die beiden türkischen Antifaschisten freisprechen mußte. (Wir werden im nächsten RM genauer berichten.)

Die Gedanken sind frei ...

... entschied Richter Horst-Werner Krüger am Zweibrücker Landgericht und verurteilte den geistigen Urheber des faschistischen KZ-Spiels „Jude, ärgere dich nicht" **nicht**, wie vom Staatsanwalt gefordert, zu einer Gefängnisstrafe ohne Bewährung, sondern sprach ihn frei!

Verurteilt wurde lediglich die Lebensgefährtin des hauptangeklagten Ex-Polizisten Hans-Günther Fröhlich, die das furchtbare Machwerk verschickt hatte. Aber auch hier, wo der Richter nicht nur Gedanken, sondern auch Taten sah, wurde die Gefängnisstrafe (9 Monate) zur Bewährung ausgesetzt.

Und das sind die Gedanken, die nach Ansicht des Richters Krüger frei sein sollen: ein Spielfeld, bestehend aus einem Davidstern, dessen Ecken die Konzentrationslager Treblinka, Buchenwald, Auschwitz, Mauthausen, Maidanek und Dachau darstellen. Gaskammern bilden den Zielpunkt des Würfelspiels. Sieger ist, wer zuerst sechs Millionen Juden in der Gaskammer hat ...

Wundert sich noch jemand, daß unter den schwarzuniformierten Gesinnungskumpanen der Angeklagten bei dem Urteil lauter Jubel ausbrach?

Freibrief für Mord

Ravensburg. Am 1. April 1984 war ein 21jähriger Mann im Raum Ravensburg von einem Polizisten erschossen worden — aus höchstens fünf Metern Entfernung. Nach „eingehenden" Ermittlungen ist die Staatsanwaltschaft jetzt zu dem Schluß gekommen, daß es sich um „putative Notwehr" gehandelt habe. Das Verfahren wurde eingestellt. Die Klage der Mutter des Erschossenen wurde abgewiesen.

Hamburg. In Hamburg hatte der Polizeihauptmeister Dieter Lücke am 5. März 1983 den 18jährigen Lehrling Alf Heins durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet. Lücke war deswegen vom Amtsgericht zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Das Landgericht Hamburg hob die Strafe jetzt auf und verurteilte Lücke lediglich zu 15 Monaten Gefängnis, die auf Bewährung ausgesetzt wurden. Begründung: Lücke habe sich in 22 Dienstjahren den Ruf eines tüchtigen Beamten erworben, außerdem habe der Prozeß einen Lernprozeß bei ihm ausgelöst!

Was sind solche Urteile anderes als Freibriefe und Ermunterungen für weitere Todesschüsse von Polizisten?

Briefträger des Dienstes enthoben

Der Frankfurter Briefträger Wolfgang Repp ist in der letzten Woche mit sofortiger Wirkung durch eine Verfügung des Bundespostministeriums des Dienstes enthoben worden. Das Postministerium wartete noch nicht einmal die Entscheidung des Bundesdisziplinargerichts ab. Wolfgang Repp wurde suspendiert, weil er bei den Kommunalwahlen für die DKP kandidiert hatte.

Schon wieder Treffen der Waffen-SS

Am 13./14. Oktober will die „Truppenkameradschaft" der 4. SS-Polizei-Panzergrenadier-Division ein Treffen in Marktheidenfeld in Franken abhalten. Diese SS-Division war an blutigen Massakern in Griechenland und in der Sowjetunion beteiligt.

Mit den Treffen der Waffen-SS muß endlich Schluß sein!

Änderungen im Jugendarbeitsschutzgesetz —

Freifahrtschein für bessere Ausbeutungsbedingungen der Jugendlichen!

So muß man die in der letzten Woche verabschiedeten Änderungen am Jugendarbeitsschutzrecht treffend kennzeichnen, wenn man beurteilen will, was die geplanten Änderungen bewirken.

So sollen zukünftig Jugendliche:

• generell um 6.00 Uhr ihre Arbeit aufnehmen können — bisher 7.00 Uhr;

• 16jährige Bäckerlehrlinge bereits ab 5.00 Uhr zur Arbeit;

• 17jährige bereits ab 4.00 Uhr zur Arbeit bestellt werden können;

• die tägliche Arbeitszeit kann auf bis zu 8 1/2 Stunden ausgedehnt werden — mit den vorgeschriebenen Pausen und An- und Abfahrtswegen sind damit 12 Stunden Abwesenheit von zu Hause keine Seltenheit mehr;

• die Schichtzeit in der Landwirtschaft, im Bau und auf Montage wird von 10 auf 11 Stunden verlängert;

• 16jährige in der Landwirtschaft und in der Binnenfischerei können in Zukunft ebenfalls um 4.00 Uhr zur Arbeit bestellt werden;

• erstmalig in diesem Gesetz gibt es eine sogenannte Tariföffnungsklausel, die es Unternehmern und Gewerkschaften ermöglicht, Jugendliche bis zu 44 Stunden in der Woche oder 5 1/2 Tage zu beschäftigen — wenn im Zeitraum von 2 Monaten die 40 Stunden wieder erreicht würden.

232 Bundestagsabgeordnete stimmten namentlich für diese Änderung, 189 waren dagegen — die Wendeparteien sind mit diesem Gesetz einer Forderung der Unternehmer nachgekommen, die die Abschaffung dieser Schutzvorschriften schon lange forderten.

Zum anderen werden damit tatsächliche Verhältnisse, wie sie die Unternehmer in den vergangenen Jahren in ihren Betrieben durchgesetzt haben, auch rechtlich legalisiert.

Aus einer Studie, die der DGB vorlegte, geht hervor, wie die Verhältnisse schon heute in den Betrieben für die Jugendlichen aussehen, u. a. so:

• Bei nur 2 Prozent der befragten hessischen Berufsschüler hätten die Angaben über ihre Arbeitszeiten sowie über den Gesundheits- und Gefahrenschutz mit den Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes von 1976 übereingestimmt.

• Insbesondere seien Verstöße gegen den Gesetzlich vorgeschriebenen 8-Stunden-Tag sowie die 40-Stunden-Woche festgestellt worden. 83 Prozent aller Fleischverkäuferinnen, 81 Prozent aller Friseure, 77 Prozent der Bäckereiverkäuferinnen, 77 Prozent der Artzhelferinnen, 75 Prozent der Köche und 64 Prozent der Fleischer hätten an einem oder mehreren Tagen mehr als 8 Stunden arbeiten müssen. Nur 50 Prozent aller befragten Jugendlichen hätten 40 Stunden in der Woche gearbeitet. Ein Viertel hätte bis zu 44 Wochenstunden, 8 Prozent aller Befragten hätten mehr als 50 Stunden gearbeitet. Fast 40 Prozent der Jugendlichen erhielten nach eigenen Angaben für Überstunden weder Freizeitausgleich noch finanzielle Entschädigungen.

• Auch die höchstzulässige Anwesenheitszeit der Jugendlichen im Betrieb, die sogenannte Schichtzeit von 10 bzw. 11 Stunden sei insbesondere bei Fleischereiverkäuferinnen (86 Prozent der Befragten), Köchen (74 Prozent der Befragten) und Bäckereiverkäuferinnen (73 Prozent der Befragten) deutlich überschritten worden.

• Die Nachtarbeit, die nach den Vorstellungen von Bundesregierung und Bundestagsmehrheit mit einem künftig möglichen Arbeitsbeginn ab 4.00 Uhr morgens für 17jährige Auszubildende im Bäckerhandwerk eingeführt werden solle, sei bei 85 Prozent der befragten Bäcker schon heute Realität.

Als ein entscheidendes Ergebnis hält die DGB-Studie fest, daß die Gesundheitsgefährdung der Jugendlichen gewachsen sei und über 54 Prozent der beschäftigten Jugendliche, bei denen gesundheitliche Schäden festgestellt wurden, weiterhin mit den Tätigkeiten beschäftigt seien, die zu der Schädigung ihrer Gesundheit geführt hätten.

Die Macht, die die Unternehmer in ihren Betrieben ausüben — sie führt offensichtlich schon bei der Arbeiterjugend zu schweren Schäden — sie führt, wie die steigende Zahl von Frühverrentungen zeigt, zu einem klaren Verschlechtern der Gesundheit der Arbeiterbevölkerung — ein gutes Argument mehr für Arbeitermacht in Betrieben und im Staat.

RGO-Nachrichten 4/84 Neu!
Materialheft Tarifverträge
Das unentbehrliche Arbeitsheft für jeden aktiven Gewerkschafter. Gegenüberstellung der alten und neuen Tarifverträge von VW, NRW, Baden-Württemberg, NRW-Stahl, Druck, Holz und Kunststoff, Forderungen und Kommentare zu den Verträgen. Gesucht — gefunden mit dieser extra dicken Sonderausgabe der RGO-Nachrichten, zum Preis von ganzen 2,— DM.
Bestellungen an RGO, Postfach 41 03 32, 4600 Dortmund 41.

Nach dem Streik — Überstundenhetzerei!

So muß man wohl die Entwicklung in der Automobilindustrie kennzeichnen, die z. B. dazu geführt hat, daß der August 1984 mit 157 000 fabrikneuen PKW und Kombi einen neuen Zulassungsrekord gebracht hat.

Widerstand gegen die Überstunden und Sonderschichten gibt es bis breit in die Betriebsratsgremien hinein. Ein Fall soll im folgenden dargestellt werden — Daimler-Benz. Die Plakat-Gruppe, die dort seit Jahren einen bedeutenden Teil der kämpferischen Kräfte in der Belegschaft repräsentiert, schreibt in einer Information von Anfang September dazu:

Bei der letzten Betriebsratssitzung am 4. 9. haben 23 von 25 IGM-Betriebsräten der Firma genehmigt, bis Ende des Jahres in verschiedensten Bereichen massiv Überstunden zu fahren, um zusätzlich 22 000 PKWs bauen zu können. Über 3 500 Kolleginnen und Kollegen werden davon betroffen sein. Trotz des 6wöchigen Streiks werden somit 1984 rund 3 000 Autos mehr gebaut als 1983. Betroffen von diesen Maßnahmen sind in erster Linie Kollegen aus den Bereichen mit den härtesten Arbeitsbedingungen: 2 x 10-Stunden-Schichten in der Leichtmetallgießerei, 10-Stunden-Spätschicht in der Graugießerei, in Motoren- und Achsmontagebereichen sowie Samstagsarbeit „nach Bedarf", 10-Stunden-Schichten in Bereichen der Getriebeproduktion und Zahnradfertigung. All das ist nur ein Ausschnitt aus dem abgesegneten Überstundenprogramm der Firma. Wenn hier das Fest beginnt, haben viele Kollegen schon ihren Samstagsarbeitstag hinter sich bringen müssen.

Die Gewinnsteigerungen der Daimler-Aktionäre gehen auf Kosten der Gesundheit und Freizeit tausender Kolleginnen und Kollegen — von den Arbeitslosen gar nicht erst zu reden. Dazu haben die Betriebsratskollegen um Funk und Mössner jetzt ihren betriebsrätlichen Segen gegeben.

Abgesegnet haben sie auch, daß über 3 000 Kolleginnen und Kollegen zwei Samstage im November/Dezember sowie einen Samstag im Januar arbeiten müssen, um die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr reinzuholen, während alle anderen Urlaub nehmen können.

In ihrer Begründung für die Genehmigung der Überstunden stellen die Betriebsräte von IGM und CMV alles auf den Kopf und behaupten, daß durch die Überstundengenehmigung auch Neueinstellungen möglich werden. Gestern hieß es noch: „Arbeitszeit verkürzen um Arbeitsplätze zu schaffen". Heute sagen sie: „Schafft alle mehr, dann gibt es Neueinstellungen!" Wahrlich, ein Salto Mortale!

Und wie versuchen sie, dieses Ergebnis zu verkaufen? Sie werden von Neueinstellungen sprechen und verschweigen, daß diese sowieso notwendig geworden ,wären, wenn die Firma die ausgefallene Produktion aufholen will. Sie werden auch nicht sagen, daß in den letzten Jahren in sehr vielen Produktionsbereichen Personal abgebaut worden ist. Nicht erwähnt wird auch, daß die Übernahme von ca. 170 Lehrlingen als Neueinstellungen mitgezählt werden — Kollegen also, die ohnehin schon bei Daimler arbeiten. Dafür werden sie von Weihnachtsgeld und verbessertem Vorruhestand sprechen... den sie bis vor kurzem bekanntlich kategorisch abgelehnt haben...

Sie werden, ohne rote Ohren zu kriegen, aus der für sie und die IGM peinlichen Situation noch einen Erfolg machen wollen. Wir kennen das Spiel.

Wichtig ist zusätzlich folgendes: Die Ortsverwaltung Stuttgart der IGM hat dieses Vorgehen der IGM-Mehrheit und des CMV scharf kritisiert — schließlich hätten insgesamt nur 30 von 49 Betriebsräten der Vereinbarung zugestimmt. Da gleichzeitig eine Laufzeit von 3 Monaten vereinbart worden sei, habe man auch gegen den Tarifvertrag verstoßen, der Abschlüsse nur für 8 Wochen vorsehe. Die Ortsverwaltung schloß in ihrer Stellungnahme nicht aus, daß sie gegen die Vereinbarung aus diesem Grunde sogar Klage erheben würde.

Hinzu kommt, daß es der sozialpartnerschaftlichen IGM-Betriebsratsspitze erst gelang, ihre 23 Schäfchen zusammenzubekommen, nachdem man mehrere IGM-Betriebsräte in privataudienz bearbeitet hatte — einer der Betroffenen trat darauf hin sogar von seinem Amt zurück.

Von innergewerkschaftlichen Maßnahmen durch die Ortsverwaltung hat man allerdings — wie auch im Fall der Heidelberger Druckmaschinenfabrik, wo ebenfalls massiv Überstunden genehmigt worden waren — bisher nichts gehört — ob die Ortsverwaltung wohl Angst vor einem tatsächlichen Gefecht mit den Betriebsratsspitzen hat?

Betriebsratsprozesse!

Gleich um zwei — nach wie vor aktuelle Fälle — geht es diesmal. Da ist einmal die Betriebsratskündigung bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter. In einem Rundschreiben von Mitte September wird zum Fall des Kollegen Michael Zimball, dessen Entlassung der P+S-Vorstand betreibt, folgender aktueller Sachstand berichtet:

Am 15.5.84 hat das Arbeitsgericht Braunschweig (Nebenstelle Peine) in erster Instanz per Beschluß gegen den Betriebsrat und mich entschieden. Begründet wurde dies hauptsächlich von der Vorsitzenden Richterin Frau Stadtler, ich hätte gegen den § 72 Abs. 2 BetrVG verstoßen, in dem ich den Betriebsfrieden nicht gewahrt und den Arbeitsablauf gestört hätte. Sie fügte noch hinzu: „Und dies gelte auch für Sekunden."

Also, Kolleginnen und Kollegen, wenn dieser Beschluß rechtskräftig wird, dann bedeutet das für BR-Mitglieder eine totale Einschränkung ihrer Betätigung im Betrieb, bzw. ihre gewerkschaftlichen Rechte werden völlig eingeschränkt. Bedeutungsvoll wurde dieser Beschluß nicht nur deshalb, weil er für ein BR-Mitglied aus einem Bundesunternehmen zutrifft, sondern weil ein solche Urteil danach bundesweit herangezogen würde bei ähnlich gelagerten Fällen.

Bis zum 13.9.84 müssen wir eine Beschwerdebegründung beim Landesarbeitsgericht Hannover eingereicht haben. Gegen Ende September oder Anfang Oktober 1984 wird das LAG-Hannover einen Termin ansetzen, wo es über Annahme oder Ablehnung der eingereichten Beschwerde entscheidet. Das heißt, bei Annahme der Beschwerde wird das Verfahren in zweiter Instanz überhaupt erst neu aufgenommen und bei Ablehnung wird der Beschluß aus der ersten Instanz rechtskräftig und ich bin dann innerhalb von wenigen Tagen arbeitslos bzw. auch des Amtes enthoben.

Damit dies dem Gericht und auch dem Vorstand von P+S nicht so leicht oder sogar unmöglich gemacht wird, würde ich mich freuen und halte es aus gewerkschaftlichen Gründen für sehr wichtig, wenn ich ab sofort erneut auf eure Hilfe zählen kann.

Dies könnte auf folgende Art und Weise geschehen:

• Protestschreiben an den Vorstand der Stahlwerke Peine Salzgitter AG (Vorsitzender Kurt Stähler, Dr. Günter Geisler, Arbeitsdirektor, Dr. Erich Mager und Jürgen Meyer) Postfach 411 180, 3320 Salzgitter 41
ihre Maßnahme in vollem Umfang zurücknehmen und nicht weiterhin gewerkschaftliche Rechte durch ihre Maßnahme mit Füßen zu treten.

• Solidaritätsschreiben an mich, Adresse: Michael Zimball, Orleanstr. 53, 3200 Hildesheim.

• Wenn die Möglichkeit besteht, bin ich auch bereit, nach vorher vereinbarter Terminabsprache, vor Ort zu berichten.

• Schreiben an den IGM-Vorstand, Postfach 111031, Wilhelm-Leuschner-Str. 79-85, 6000 Frankfurt a. M. 1, mit der Aufforderung, mich voll zu unterstützen und für eine breit angelegte Öffentlichkeit in diesem Fall zu sorgen und ständig bundeweit aktuell in der „Metall"-Zeitung zu berichten.

• Dasselbe an Bezirksleitung und Ortsverwaltung, Bezirksleitung IGM, Dreyerstr. 6, 3000 Hannover 1, Verwaltungsstelle der IGM, Lindenstr. 34, 3150 Peine

• Eure Möglichkeiten voll nutzen, regional und überregional über den Prozeß und dessen Bedeutung berichten. Hierbei wäre es besonders wichtig, wenn Kolleginnen und Kollegen, die sich im Arbeitsrecht gut auskennen oder auch Kolleginnen und Kollegen, die in Redaktionen (Funk, Fernsehen und Zeitungen) beschäftigt sind und diesen Fall publizieren, damit er öffentlich diskutiert wird.

Mit kollegialen Grüßen
Michael Zimball

Zum anderen findet am 2. 10. um 10.00 Uhr der zweite Termin im Kündigungsschutzprozeß des Kollegen Rainer Knirsch von BMW/Berlin statt. Im Arbeitsgericht Berlin, Lützowstraße 106. Zu diesem Fall hatte die IGM am 29. 8. 1984 folgende Presseerklärung abgegeben:

Nachdem das Arbeitsgericht Berlin die Unwirksamkeit der Betriebsratswahl bei BMW festgestellt hat, befaßte sich die Berliner Ortsverwaltung der IG Metall mit den Gründen, die zu der gerichtlichen Feststellung geführt hatten. Sie beschloß, den Betriebsrat von BMW zum Rücktritt aufzufordern und damit den Weg zu einer Neuwahl freizumachen.

Der zweite Bevollmächtigte der Berliner IG Metall, Horst Nasserke, kommentierte diesen Beschluß:

„Die Wahl eines Betriebsrats ist die ureigenste Angelegenheit der Arbeitnehmer, und kein Arbeitgeber darf die Wahl durch Androhung von Nachteilen beeinflussen. Wenn ein Gericht eine derartige unzulässige Wahlbeeinflussung — wie im vorliegenden Fall — feststellt, dann kann ein Betriebsrat damit nicht leben, sondern muß durch eine Neuwahl den Beweis erbringen, daß er ein freigewählter Interessenvertreter der Belegschaft ist."

Der Betriebsrat der „Vernunft" — wie sich die Mehrheitsfraktion nennt — hat einen Rücktritt bisher nach wie vor abgelehnt.

Kurz berichtet === kurz berichtet

IG Chemie weiter auf Spaltungskurs...

Die „Fünferbande" im DGB hat erneut zugeschlagen. IG Chemie und IG Bau Steine Erden forderten vor kurzem — im Gegensatz zu IGM und DGB — zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze eine Umlage bei den örtlichen Industrie- und Handelskammern (IHK). Hans Preis, IGM-Vorstand und Dieter Steinborn, HBV-Vorstand, lehnten diesen Spaltungsvorstoß mit guten Argumenten ab: 1. Sind die IHKs Unternehmerinstitutionen. 2. Gerade die IHKs sind Vorreiter bei der Billig- und Untertarifausbildung, die in den letzten Jahren verstärkt in Mode gekommen sind.

ÖTV war erfolgreich...

in einem Prozeß gegen die Bundeswehr. Der Vorgang: Ein Kommandeur hatte wegen eines Aufklebers „35-Stunden-Woche" an einem Auto eines Bundeswehrangestellten „Zusammenrottungen" befürchtet und dem Angestellten die Parkerlaubnis auf dem Kasernengelände entzogen. Das Arbeitsgericht Wuppertal sah dies anders und ließ zumindest diese Form der Meinungsäußerung zu, insbesondere nachdem durch Befragen des Kommandeurs festgestellt wurde, daß es bisher keine Zusammenrottungen gegeben habe.

Druck der Basis war erfolgreich...

im Bereich der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Die große Tarifkommission der GHK hat das Schlichtungsergebnis für Rheinland-Pfalz widerrufen. Widerstand hatte sich vor allem an den Flexibilisierungs- und Überstundenregelungen entzündet, (siehe RGO-Nachrichten 3/84).

Kanzlerrunde am Kamin...

das wünscht sich u. a. Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie — soweit nichts Neues — aber er hat jetzt noch einen wackeren Mitstreiter gefunden — Franz Steinkühler. Dieser sagte in einem Rundfunkinterview, auch die IGM hätte daran ein Interesse — z. B. über die Frage von befristeten Beschäftigungsgarantien in den Krisenbranchen Stahl und Werften zu reden. Ob er damit die vom Zweigbüro der IGM in Düsseldorf — zuständig für den Stahlbereich — den Betriebsräten der Stahlkonzerne empfohlenen befristeten Arbeitsverträge für Neueinstellungen meint?



Reisebericht aus South Yorkshire

Drei Tage in der Höhle des Löwen

Es ist Mittwoch um 13.30 Uhr als wir, frisch wie zerknitterte Papiertüten, aus dem Bus steigen. Das ist Doncaster, rund 250 km nördlich von London. Um 18.00 Uhr am Vorabend waren wir in Dortmund mit dem Bus gestartet.

Der „Auftrag" ist klar: Spenden hinbringen, Solidarität zum Ausdruck bringen, reden um Material zu sammeln für eine größere Berichterstattung. Neben der laufenden Berichterstattung hatten wir das schon zweimal im Roten Morgen gemacht: Zuerst aus Anlaß der Rundreise von Yorkshire-Bergarbeitern vor und am 1. Mai und dann aus Anlaß des gewaltigen Polizeiaufmarsches bei der „Schlacht um Orgreave". Jetzt soll es mehr werden, weil je länger dieser Berarbeiterstreik dauert, desto deutlicher wird, wie wichtig er ist und nicht nur für England.

Da stehen wir nun also in Doncaster, einer Stadt von rund 90000 Einwohnern, vom Bergbau geprägt. Auch ein Ziel haben wir: Zu Dave Barker wollen wir, den unsere „älteren" Leser noch von der Berichterstattung über die damalige Rundreise kennen dürften.

Die Stadt jedenfalls, sonnenbeschienen, sieht ganz anders aus als, zumindest ich mir, eine britische Bergarbeiterstadt vorgestellt habe. Vom Lebensniveau, wie man es auf der Straße sehen kann, ziemlich ähnlich einer westdeutschen Stadt, vom Erscheinungsbild her wesentlich freundlicher. Viele Backsteinhäuser mit viel Glas, Erkern und Winkeln schaffen diesen Eindruck.

Also auf zur Suche nach Cantley, dem Stadtteil, wo wir hin wollen. Die üblichen Überlegungen, wie man sie stets anstellt, auf solchen Reisen: anrufen oder nicht? Wen fragen? Oder einfach dem Dusel vertrauen. Der Bus ist schnell gefunden, fährt auch gleich. Den Fahrer fragen, wo aussteigen zur angegebenen Adresse — weiß er nicht. Kein guter Anfang? Eine Frau kommt dazu: *„Wollen Sie zu Dave?" — „Ja". — „Dann kommen Sie mit mir." — „Kennen Sie ihn denn?" — „Ich bin seine Frau".* Punkt. Und sage noch einer, aufs Glück verlassen gehe schief...



Streikposten vor Ravenscrag verhaftet

Im „Miners welfare club"

Der Grund für ihr Auftauchen war einfach: Fremde, die nach der Brockhole Close fragen, wollen meist zu Dave...

„Zu Hause" angekommen, wird im Streiklokal angerufen, denn der Brief, mit dem ich uns angekündigt hatte, war nicht angekommen — das geschah dann am nächsten Morgen. Nach der Begrüßung und der Einquartierung geht es zuerst ab in den „club". Den stellt man sich am ehesten als ein Vereinsheim vor. Bar, Speisesaal, Billardraum, Fußballfeld, das grenzt seine Ausmaße ab, jede „branch", also die Gewerkschaftsorganisation jeder Zeche, hat so einen club. Der hier ist von der Armthorpe branch. Die umfaßt alle rund 1400 Arbeiter der Zeche. An diesem Nachmittag sind ungefähr 50 Leute da. An einem Tisch in der Bar sitzt, mit einigen anderen zusammen, Jim Millar, der Sekretär der Armthorpe-Gewerkschaft. Freigestellt, alle zwei Jahre wird dieses Amt wieder zur Wahl gestellt. Kein Mann, der aussieht, wie ein Gewerkschaftsfunktionär, wenn man nun mal westdeutsche Gewerkschaftssekretäre zum Maßstab hat. Ich überreiche ihm die Spende, ein ganzes Stück über 400 Pfund sind da zusammengekommen, das verursacht einige Aufmerksamkeit unter den Anwesenden.

Ein Pint Bier wird angefahren, wir unterhalten uns. Ungefähr acht Mann sitzen da mit uns um den Tisch. Von denen, die im April hier waren auch Bert Whittle, der Senior der damaligen Delegation, er macht gerade seine letzte Periode als Rat für die Labour-Party. Seine letzte, weil er wegen des Streiks nicht mehr zu den Sitzungen geht, und weil ihm die ganze Richtung nicht paßt, nicht ausreicht.

Was ist vom Beschluß des TUC (Gewerkschaftsbund) zu halten, der eine Woche vorher für volle Unterstützung der Bergarbeiter entschieden hatte? Für Jim Millar eine einfache Frage: „Lippenbekenntnisse" sagt er und verweist auf den Pakt, den Stahlgewerkschaft und die Transportarbeiter und allgemeine Arbeiterunion (TGWU — größte Einzelgewerkschaft des Landes) über Kohlelieferungen nach dem schottischen Raivenscraig zwei Tage vorher getroffen haben. Bis zu 25000 Tonnen wöchentlich sollen dort angeliefert werden. Kohle, die vor allem aus Westdeutschland und aus Polen kommt. Die wertvollste Hilfe, da sind sich alle einig, die kommt von der Lokomotivführergewerkschaft ASLEV. Sie halten eisern daran fest, keine Kohle zu fahren, inspizieren die beladenen Waggons daraufhin. Und ASLEV hat im Vergleich zu ihrer Größe sehr viel Geld gespendet.

Wie sehen sie überhaupt ihre Chancen in diesem Kampf? Da herrscht, und nicht nur in diesem Kreis, sondern immer wieder, all die Tage völlige Einheit: Sie werden gewinnen. Sie können nur gewinnen, denn sonst erleidet die Arbeiterbewegung eine katastrophale Niederlage. Sonst werden Gewerkschafts-

Worum geht es bei diesem Streik?

Ein halbes Jahr Streik — und kein absehbares Ende. Das hat vor allem zwei Gründe: Denn sowohl wirtschaftlich als auch politisch ist dieser Streik von besonderer Bedeutung.

Wirtschaftlich geht es darum, dem Schließungsplan der Thatcher-Regierung Widerstand zu leisten. Nachdem in den letzten Jahren in der „Salamitaktik" Zechen geschlossen wurden, wurde zu Jahresbeginn der McGregor-Plan bekanntgegeben, 20 Zechen mit rund 20000 Arbeitsplätzen in kurzer Frist zu schließen.

Das war das auslösende Moment für diesen Streik. Und darum geht es nach wie vor auch ganz konkret. Das Streikziel heißt: Keine Zechenschließung. Die NUM drängt auf Einhaltung des Kohleplans, gegen den Ausbau von Atomkraftwerken, gegen das Atomprogramm der Regierung überhaupt. Der letzte Kongreß erhob die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit: 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die tägliche Arbeitsdauer beträgt unter Tage 7,25 Stunden. Dies ist eines der Elemente, die im Streik zunehmend eine Rolle spielen.

Von Beginn an trug der Streik aber auch eine klare politische Komponente mit sich. Einmal durch die vorher gegangenen jahrelangen Attacken der Regierung auf die Recht und Stellungen der britischen Gewerkschaften überhaupt, die durchaus zu spürbaren Niederlagen für die Arbeiterbewegung geführt hatten. Zum anderen aber auch durch die Tatsache, daß der National Coal Board eine verstaatlichte Industrie ist, Regierungseigentum, diese also immer direkter als der Gegner in der Auseinandersetzung gesehen wurde. Die „Gewerkschaftsgesetze" Thatchers, ob schon verabschiedet oder noch in Vorbereitung, wurden von Beginn des Streiks an bewußt durchbrochen, sei es durch das massenhafte picketing oder durch die Streikposten vor Stahlbetrieben und ähnliches.

Eine echte Niederlage der Gewerkschaft in diesem Kampf würde also nicht nur noch mehr Arbeitslose, noch mehr Elend bedeuten, sondern faktisch auch, daß die Gewerkschaftsgesetze durchgedrückt würden. So wäre der Weg für noch größere Attacken freigeräumt, eine Gewerkschaftsbewegung im Griff von Polizeimaßnahmen mitten in Europa geschaffen.

rechte mit Federstrichen vollends zerstört, die Thatcher hat schon einige Erfolge in ihrem Programmatischen Kampf gegen die Gewerkschaften errungen, jetzt muß man sie stoppen.

Der Streik, so meinen sie alle, dauert noch lange, über den Winter, der Winter muß ihr Partner werden, das Land nach Kohle verlangen, die sich nicht durch das leichte britische Nordseeöl ersetzen läßt. Die so reden, das sind bei weitem nicht nur die Funktionäre, die linken Aktivisten, das sind eigentlich alle, die wir treffen, mit ihnen, kurz oder lang, darüber reden.

Das ist das politische Klima, in dem dieser Streik nun schon über ein halbes Jahr andauert. Sicher: In South Yorkshire, in der Höhle des Löwen, da wo ein Arthur Scargill groß wurde, ist das vielleicht alles etwas radikaler als anderswo, aber es gibt, so weit man das beurteilen kann, die Grundstimmung überall wieder, sei es auf den nördlichen Feldern Schottlands und North Cumberlands, in den mittleren von South Wales und South Yorkshire oder in den südlichen von Kent. Mit der Ausnahme Nottinghamshire, wo die Mehrheit arbeitet, was seine Grundlage in der wesentlich besseren finanziellen und sozialen Lage dort hat und wohl auch in den Taten der dortigen rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, die sogar Spendengelder für den Streik an Nichtstreikende verteilte. Und die NUM, die Bergarbeitergewerkschaft kämpft dafür, daß die anderen Gewerkschaften solidarisch sind. Sie fordert von der Stahlarbeitergewerkschaft, die Produktion stillzulegen. „Nicht ein bißchen Einschränkung ist es, was wir fordern, sondern die völlige und totale Einstellung, wie bei eurem Streik 1980", sagt Scargill an diesem Tag auf einer Aussprache der Gewerkschaftsführer. Diese Atmosphäre spiegelt sich auch in der Stadt wider.

Eindrücke

Als wir im Anschluß an diese „gemütliche Runde" eine kleine Rundfahrt durch die Sadt machen, da fällt uns schon verschiedenes auf: der Kaufladen gegenüber der Zeche, der auf einem Schild darauf hinweist, daß an Polizisten nichts verkauft wird, etwa. Indiz dafür, welche heftigen Auseinandersetzungen es hierum gegeben hat, ist die Tatsache, daß fast nur noch auswärtige Polizei in South Yorkshire eingesetzt wird. Zu stark war der Druck, die Verachtung lastet schwer und wird ganz massiv zum Ausdruck gebracht. Einige Geschichten von „familiären Dramen" werden uns im Verlaufe der Tage erzählt.

Aber auch dies: Als wir zur Armthorpe-Zeche fahren, steht an der Mauer der Einfahrt: *„If Arthur rules is all o.k."* (Wenn Arthur herrscht, ist alles klar). Das kommt immer wieder deutlich zum Ausdruck, daß dieser Arthur Scargill als echter Führer betrachtet wird. Das Vertrauen in ihn ist riesengroß. *„Wenn er uns verkaufen wollte, hätte er dazu schon hundert gute Gelegenheiten gehabt"*, sagt einer und drückt damit aus, was wohl alle denken, auch die Linken. Keine bestreikte Zeche, die wir sehen, ohne eine solche oder ähnliche Losung.

Abends, im „Labour and Trade Club" eine Videofilm-Veranstaltung über den Streik. Die NUM hat eine zentrale Videogruppe, die bisher zehn Filme gedreht hat. Auch hier vorher ein paar Diskussionen, Freude über Solidarität aus dem Ausland wird zum Ausdruck gebracht. Die Filme selbst bringen in zahlreichen persönlichen Stellungnahmen zum Ausdruck, wie sehr die Gegnerschaft zur Regierung und ihrer Polizei angewachsen ist, wie fest die „Miners front" steht, wie sehr sich die Bergarbeiterfrauen engagieren. Scargill, gegen den in der Presse gehetzt wird, wie noch nie gegen einen britischen Gewerkschafter, wird hier umjubelt.

Der zweite Tag: Picket Line

Abends um 23.00 Uhr übermüdet ins Bett, um 5.00 Uhr in der Frühe geht es wieder raus: Picketing ist angesagt, Streikposten stehen. Nicht nur Dave geht dahin, auch Steven, sein Sohn, der an diesem Tag 21 wird, seit drei Jahren arbeitslos, und Rita, seine Frau, die sich extra wegen des Geburtstages freigenommen hat von ihrer Verkäuferinnenstelle. Dunkel ist es und regnerisch. Aber vielleicht werden die Fotos doch etwas, der Leser wird es auf diesen Seiten sehen können — oder nicht.

Als wir hinkommen, sind noch wenige da, man hat sich zuerst im „club" getroffen, da erst wurde die Marschorder ausgegeben. Wohin? Nach Carcroft, einer zentralen Werkstatt für die umliegenden Zechen des National Coal Board. Streikbrecher? Wieviele? Einer. Ein einziger.

Aber es geht um eine politische Demonstration gegen den Streik, es geht um die reaktionäre Propagandamaschine. Solange auch nur einer da reingeht, wird die Presse schreiben: „Nicht voll bestreikt".

Nach eigener, sehr persönlicher Schätzung sind es dann vielleicht 600 Streikposten, gegen die vielleicht rund 400 Polizisten aufgefahren werden. Offiziell sind ganze sechs Streikposten erlaubt, sie bilden die „official picket line". Dann beginnt der Kampf um die Straße. Die Bergarbeiter blockieren beide Seiten der Zufahrt, die Polizei nimmt immer wieder Anlauf, die Straße freizuräumen. Vier oder fünf Festnahmen sehen wir. Sie werden über die Straße geschleift, in Polizeiautos geworfen — in richtige. Denn aufmarschiert war die Polizei auch mit Leihwagen, da sie für den Transport aller hierher zusammengezogenen Truppen nicht genügend Autos hat.

Über zwei Stunden wogt es hin und her, dann ist die Straße von der Polizei freigemacht für den vergitterten Bus, der den Streikbrecher anfährt, im Konvoi. Ein ohrenbetäubendes Geschrei begleitet ihn auf seinem schändlichen Weg.

Später sehen wir sein Haus — von drei Polizeiautos umgeben, mit Polizeihunden geschützt, einen Waffenschein hat er auch bekommen und die Waffe dazu. Ungefähr halb Neun war es, als wir die Carcroft-Werkstätte verließen. Eine Rundfahrt ist ausgemacht. Das Streikbrecher-Haus, an dem wir in weiter Entfernung vorbeifahren, war einer der Orte. Die Rossington-Zeche ist der zweite. Hier gibt es keine Streikbrecher, gab es auch keine, bei Carcroft waren es anfänglich vier gewesen. „We all are out at Rosso", verkündet ein über die Straße gehängtes Transparent. (Wir sind alle „daußen" bei Rosso). Sie haben sich ein richtiges kleines Häuschen gebaut, die kleine Truppe Streikposten, die da stand und saß, im Regen prasselte ein großes Feuer. Einige deutsche Brocken fliegen uns entgegen — öfters passiert das, in der Regel von älteren Arbeitern, die noch in den „Genuß" der allgemeinen Wehrpflicht geraten waren, und aus dieser Gegend waren sie alle in Iserlohn stationiert, so war ihnen auch Dortmund ein Begriff. Hohe Barrikaden hatten sie hier zu Beginn errichtet, gegen einen Polizeiansturm mit Feuerwehrschläuchen verteidigt. Auch hier: Siegesgewißheit bei allen. Die Zechen werden nicht geschlossen, da lassen sie sich auf keine Debatte ein.

„The police state"

Dann fahren wir, über Nebenwege, das fällt auf, weil die Wegweiser stets in die andere Richtung zeigen, über die Bezirksgrenze hinaus nach Nottinghamshire, eine arbeitende Zeche anschauen. Ein paar Fotos und schon kommt Polizei, wir fahren ab. Aber nicht weit. An der Grenze zu South Yorkshire werden wir von der Polzeikontrolle, die dort stationiert ist, angehalten.

„Was tun Sie hier", fragt der Polizist den Fahrer. *„Ausländische Journalisten herumfahren"*, heißt die Antwort, worauf



Proviantausfahrt an die Streikposten



Im „welfare club"

„Smelt the iron Lady"

Schmelzt die eiserne Lady ein — dies ist ein Schlachtruf der britischen Bergarbeiter. Die Regierung als Hauptgegner, so wird sie zu Recht gesehen. Deshalb war es für die Gewerkschaft auch höchstens als „zartes Signal" interessant, daß jüngst Kräfte aus der Konservativen Partei den Rücktritt des NCB-Topmanagers McGregor forderten.

Die Regierung sah, zu Beginn des Jahres, ihre Chance zum Bruch des 1975 gemeinsam beschlossenen Kohleplans, der einen Ausbau der Kohlewirtschaft vorsah, endgültig zu Beginn dieses Jahres gekommen. Seit 1981 waren, im Gegensatz zum Plan, bereits 41 Zechen geschlossen worden mit nur lokalem Widerstand. Zu Beginn des Jahres scheiterte ein Streik in South Wales, da wollten sie voll zuschlagen und provokativ eine Zeche in South Yorkshire schließen. Wohl wissend, daß dort — seit langem — unter dem Vorsitz von Arthur Scargill der Beschluß gefaßt worden war, jeden Versuch einer Stillegung sofort mit einem bezirksweiten Streik zu beantworten.

Nach schwerem Anfang stand die Streikfront ab Ende März geschlossen und sie tut es bis heute. Nach der großen Auseinandersetzung in Orgreave hat Thatcher ihre Taktik leicht verändert — bei grundsätzlicher Weigerung auch nur eine Forderung der Bergarbeiter zu erfüllen startete sie eine Kampagne „back to work", mit der Streikbrecher rekrutiert werden sollten, der Streik ausgelaugt, was bisher auch nicht ansatzweise gelungen ist.

Begleitet ist das alles von einer Hetzkampagne im Vergleich zu der die Propaganda vor dem bundesdeutschen Metallerstreik fast schon Liebesworte waren...

„Frauen britischer Berarbeiter berichten ..."

Veranstaltung des DGB-Kreisfrauenausschusses Hamburg

Dienstag, 2. Oktober, 19.00 Uhr
Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15

Zum Ablauf des Streiks

Im folgenden geben wir einige Auszüge aus einem Flugblatt wieder, mit dem für eine Rundreise eines NUM-Vertreters aus der Kent-Area geworben wurde. Dabei geht es im wesentlichen konkret um Ursache und Beginn des Streiks. Einige Angaben sind bereits überholt.

Der seit 23 Wochen andauernde Streik der Bergarbeiter in Großbritannien ist die Antwort auf einen Angriff durch die konservative Regierung Thatcher. In den vergangenen zwei Jahren hat die Regierung über die staatliche Kohlebehörde NCB (National Coal Board) 41 Zechen geschlossen. Das war ein Bruch des Abkommens, das 1975 als „Kohleplan" zwischen der Bergarbeitergewerkschaft N.U.M. (National Union of Mineworkers) und dem NCB geschlossen worden war. Dies sah keinen weiteren Abbau des Steinkohlebergaus, sondern eine langfristige Ausweitung der Kohleproduktion vor. Der „Kohleplan" wurde von der Thatcher-Regierung nach der Amtsübernahme im Jahre 1979 bestätigt und 1981 nochmals, als es zu spontanen Arbeitsniederlegungen der Bergleute gegen Zechenschließungen gekommen war. Damals bekräftigte die Regierung wiederum ausdrücklich ihre Absicht, den „Kohleplan" durchzuführen.

Dennoch wurden von 1981 - 83 die 41 Zechen im ganzen Land stillgelegt und zwar „scheibchenweise", ohne daß die N.U.M. wirkungsvollen Widerstand dagegen organisieren könnten.

Im März dieses Jahres nun teilte die Regierung dem Vorstand der N.U.M. mit, daß im Rahmen des „Programms 84" 20 Zechen stillgelegt und 20000 Arbeitsplätze abgebaut werden müßten.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Schwäche der britischen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren ist klar, daß dies ein wohlüberlegter Angriff der Regierung war. Hinzu kommt, daß Ende 83 und zu Beginn des Jahres 84 die kampfstarken Regionen der N.U.M. in Süd-Wales und in Schottland mit dem Versuch scheiterten, die landesweite Unterstützung aller Bergarbeiter in ihrem bereits angelaufenen Widerstand gegen Zechenschließungen zu bekommen.

Hier erblickte nun die Regierung ihre Chance, die mit 56000 Kumpeln stärkste Bastion der Bergarbeiter und der N.U.M., Yorkshire, isoliert in den Kampf zu ziehen. Man kündigte die Schließung der Zeche „Coldenwood" im Süden Yorkshires an und gab danach das bereits erwähnte „Programm 84" bekannt.

Die Region Yorkshire der N.U.M. war bereits seit drei Jahren durch eine geheime Urabstimmung darauf festgelegt, gegen jede angekündigte Zechenschließung in Yorkshire sofort in den Streik zu treten. Das geschah auch: Die Kumpel in Yorkshire legten geschlossen die Arbeit nieder und riefen alle anderen Regionen auf, gleichfalls den Arbeitskampf aufzunehmen.

Zunächst sah es so aus, als würde die Taktik der Regierung aufgehen. Es gab große Uneinigkeit unter den Bergarbeitern, und nur die Regionen Kent und Durham befolgten den Streikaufruf aus Yorkshire sofort hundertprozentig.

Aber innerhalb von zwei Wochen waren 80 Prozent aller britischen Bergarbeiter (= 148000) im Arbeitskampf, nicht nur gegen Zechenschließungen, sondern zur Verteidigung ihrer Gemeinden und der zukünftigen Arbeitsplätze kommender Generationen.

Weil die Bergarbeiter in schwieriger Situation eine solche Geschlossenheit bewiesen, konzentrierte sich die Regierung darauf, durch Einsatz einer 8000 Mann starken paramilitärischen Polizeitruppe die innere Spaltung unter den Bergarbeitern in der Region Nottinghamshire aufrechtzuerhalten (12500 von den 32000 Bergarbeitern sind dort im Streik).

die Haltung merklich höflicher wird. Das war schon am Morgen bei den Streikposten so, als uns ein Polizeioffizier fragte, für wen wir fotografieren, Presse ausweise wurden nicht verlangt...

Diese Kontrolle ist sehr weitgehend — aus SY kommt kein Bergarbeiter auf den Hauptstraßen heraus. Im Bezirk gibt es ganze Dörfer, die von der Außenwelt regelrecht abgeschnitten sind durch massierte Polizeitruppen. Ein Bergarbeiter durfte noch nicht einmal zur Beerdigung seines Vaters aus der Umzingelung...

Anschließend gehen wir Mittagessen. In einem anderen Miners club. Wir werden herumgeführt. Eine Küche wurde provisorisch eingerichtet, auf der früheren Damentoilette. Die örtliche Frauengruppe macht den Kochdienst. 300—400 Essen geben sie am Tag aus gegen geringes Entgelt. Am Anfang, so sagt uns der Leiter des ganzen, hatten wir Schwierigkeiten, die stolzen Leute kamen nicht, wollten sich nichts schenken lassen. Jetzt kommen immer mehr und unser Ziel war es, daß sehr klar wird, daß dies keine Almosen sind, sondern ihr gutes Recht. Da haben wir große Fortschritte erzielt. Ein Proviantlager ist da, wir tauschen Abzeichen mit den Frauen — wie überhaupt Abzeichen sammeln eine große Leidenschaft aller Bergarbeiterfamilien ist.

Bei jedem Essen gibt es Eintopf, oft mit Fleisch und Nachtisch, speziell um die Kinder „ruhig zu halten". Die Frauen hier sind inzwischen Berühmtheiten, das Fernsehen war jüngst in Doncaster und da wurden sie lang und breit interviewt, aber ganz sicher, was dabei herauskommt, sind sie sich nicht.

Den Nachmittag verbringen wir mit verschiedenen Diskussionen im Armthorpe club. Bert Whittle stellt uns voll stolz eines seiner neun Enkelkinder vor, samt Tochter. Wir führen ein ausführliches Gespräch mit zwei jungen Bergarbeitern, Roy und Wayne. Sie haben viel zu sagen — was, das haben wir für den „Roten Rebell" der KJD reserviert.

Bei den Diskussionen mit ihnen und anderen kommt auch verschiedentlich das Thema Nordirland aufs Tapet. Wayne war eben dort gewesen als frischgebackenes Mitglied der „TOM" (Truppenabzugsbewegung). Vor zwei Jahren noch, so wird uns erzählt, sei ein Antrag für den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland nicht einmal auf die Tagesordnung der Gewerkschaftsvollversammlung gekommen. Von oben direkt abgeblockt, die „Jungs" selbst waren auch nicht dafür, oder es war ihnen egal. Jetzt, vor kurzem, wurde eben dieser Antrag auf der Vollversammlung mit 2/3 Mehrheit verabschiedet — auch ein Ergebnis des Lernens während des Streiks.

Am meisten wird dabei immer wieder über die Polizei geredet. Solche Erfahrungen hatten sie allesamt noch nicht gemacht. 7000 Bergarbeiter sind bisher festgenommen worden. Zehntausende wurden von der Polizei kontrolliert, ebensoviele sind in ihren Dörfern eingekesselt. Polizei aus dem ganzen Land ist in den Zechenbezirken konzentriert, im Rest des Landes steigt die Kriminalität rapide an, alles das kümmert die Thatcher und Co. nicht, law and order heißt die Parole — aber nur gegen die Bergarbeiter.

„Stop the police state", das ist nicht nur die Losung auf einem NUM-Plakat (das nun, Leser achte darauf, von unserer Partei zum Solidaritätspreis vertrieben wird!) sondern das ist eine ganz direkte Sorge und Forderung der breiten Masse der Bergarbeiter, das muß man so sagen. Denn in der Tat ist vieles, was inzwischen schon alltäglich ist, eigentlich außerhalb des Gesetzes, hat die Polizei Sondervollmachten übertragen bekommen. Kontrollen, Festnahmen, Straßenblockaden — das ist an der Tagesordnung.

Abends ist bei Bakers Geburtstagsfeier im kleinsten Familienkreise, die Tochter Sharon samt Freund Dave sind da und eben wir. Es gibt sogar ein zusammengezaubertes Festessen und viele Diskussionen vor allem mit Sharon, die in der Anti-Nazi League aktiv ist. Eine antifaschistische Organisation übrigens, die von der NUM ganz massiv und keineswegs nur in Worten unterstützt wird.

So wird es wieder ein langer Tag — mittendrin kommt ein Telefonanruf, das picketing am nächsten Tag findet erst am Nachmittag statt. Gut für mal ausschlafen, aber das war eigentlich nicht unsere Sorge, nochmal mitgehen wäre besser gewesen, aber Freitagnachmittag geht es schon wieder rückwärts.

Stippvisiten

Freitagmorgen stehen noch ein paar Besuche auf dem Programm. Aber zuerst eine längere Diskussion, nachdem Radiomeldungen kamen, denenzufolge im nahe gelegenen Maltby der größte Massenstreikposten vor einer Zeche im bisherigen Streik stattgefunden habe — 7000 Mann waren gegen 5000 Polizisten. Es drehte sich um 6 Bauarbeiter einer Fremdfirma (die für die Dauer ihrer Arbeit in der Zeche NUM-Mitglieder werden mußten), die mit Betonierarbeiten beauftragt sind und auch ihre Tätigkeit führt dazu, daß die Zeche als „nicht voll bestreikt" in der Presse aufgezählt wird. Verletzte auf beiden Seiten, erneut zahlreiche Festnahmen.

Im club angekommen, führt uns Jim Millar hinten raus aufs Fußballfeld. Das letzte Spiel, das dort ausgetragen wurde, war ein Benefizspiel für die Streikkasse, das der Miners club erst ganz am Schluß gegen die Profis der Doncaster Rovers (trainiert vom auch hier bekannten Billy Bremner) mit 0:2 verlor. A propos Fußball: Kevin Keegan, der aus Doncaster stammt, hat bei einer Sammlung auf der Pferderennbahn auch „gespendet" — gerade fünf(!) Pfund. Aber nicht das war es, was er zeigen wollte. Sondern, was sie vom Geld, das wir ihnen überbracht hatten, gekauft hatten. Eine Säge.

Eine ganze Sägemaschine. Für rund 200 Pfund, gebraucht. Wozu? Um Holz zu sägen, versteht sich — sie bereiten sich auf den Winter vor. Da das Deputat als Teil des Lohns bei Streik ausfällt, brauchen sie (fast alle jedenfalls) anderes Brennmaterial für den kommenden Winter.

Sie haben vom „council" (Stadtrat) die Erlaubnis bekommen, kranke Bäume im Wald zu fällen, damit die Streikenden Brennmaterial haben — die konservative Riege, recht klein, geifert wie wild dagegen.

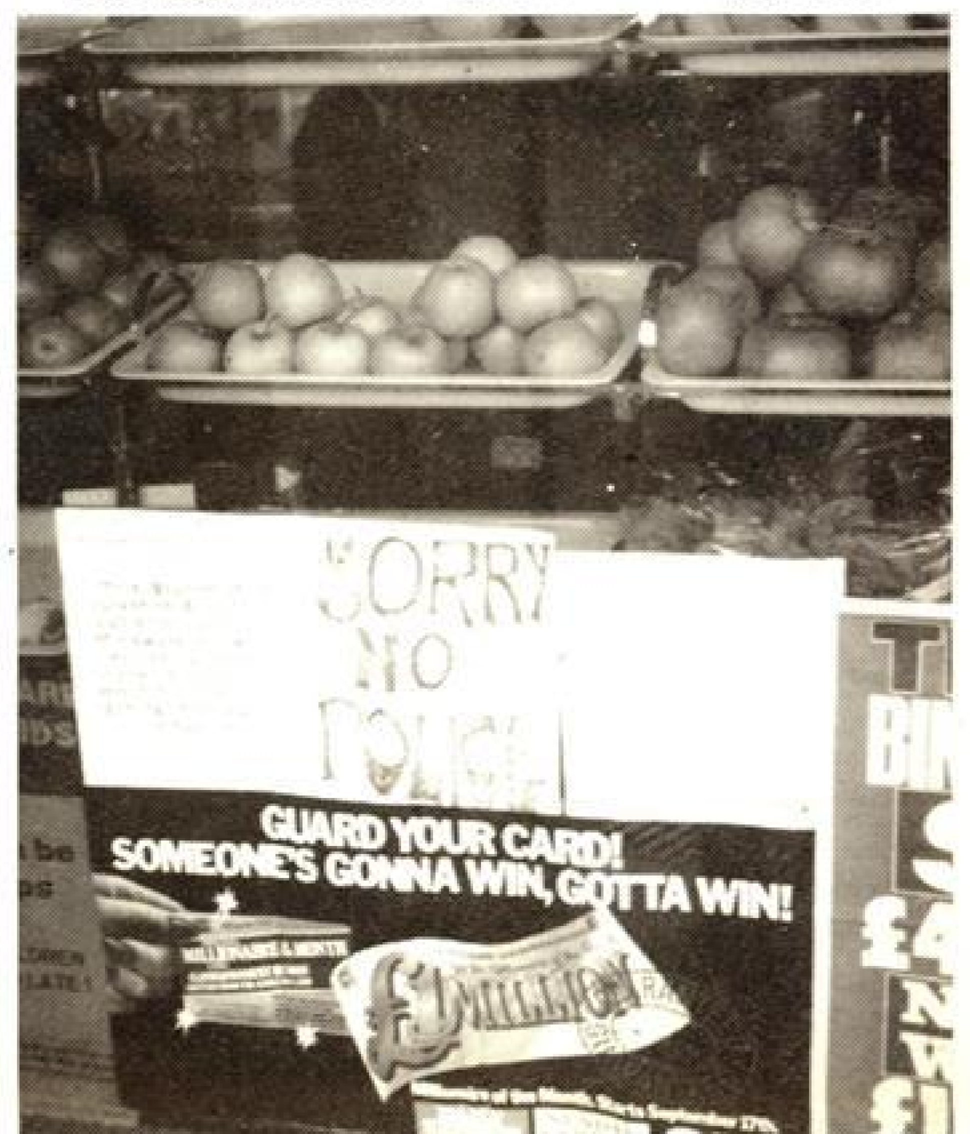
Daran wird eines deutlich, was auch im Verlauf der vielen Gespräche immer wieder zutage kam: Welche Rolle diese Stadträte, sofern sie von Labour und den Linken geführt sind, bei diesem Streik spielen. Da sich die Miete in den rund 7 Millionen Wohnngen Englands, die sich im städtischen Besitz befinden, automatisch nach dem Fa-



Ausfahrt der Streikposten aus dem „welfare club"



Lastwagenkonvoi nach Orgreave — zufällig gesehen



Kein Verkauf an Polizisten in diesem Geschäft


Streikposten vor Rossington


Die Sägemaschine, die von einem Teil des von uns übergebenen Geldes angeschafft wurde, wird ausgeladen

Bestätigung und Dank

An die KPD, betrifft Übergabe von 412 Pfund

In Namen der Armthorpe branch der NUM danke ich all jenen, die zu dieser Spende beigetragen haben.

Ich bin sicher, daß sie sich dessen bewußt sind, daß wir unseren Kampf nur fortsetzen und die Schwierigkeiten, die wir haben, nur überwinden können dank der Unterstützung von Menschen wie ihresgleichen, die uns auch finanziell unterstützen. Und je länger der Kampf dauert, desto mehr benötigen wir diese Unterstützung, die auch stärker wird. Heute bekommen wir Hilfe von Gewerkschaftern aus USA, Dänemark, Schweden, Spanien und Westdeutschland.

Wir haben dadurch den Eindruck, daß die Arbeiterklasse auf der Welt sich heute der Maschinerie bewußt wird, die überall aufgebaut wird, um sie in die Knie zu zwingen.

Wenn wir uns stets gegenseitig unterstützen, wenn Not am Mann ist, können wir dieses System schlagen.

Indem ich Ihnen alle für Ihre Großzügigkeit danke, Ihr
Him Millar
Sekretär der NUM

Ein trauriges Jubiläum:

7 000 festgenommen

Auf 7 000 ist im Laufe der letzten Woche die Zahl der von der Polizei festgenommenen Bergarbeiter angewachsen. Eine Prozeßlawine soll den Kampfwillen der Gewerkschafter nach dem Streikende endgültig in den Staub treten.

Was von britischen Gerichten zu erwarten ist, das haben im Verlaufe dieses Streiks bereits verschiedene Urteile über die Heranzeihung der Gewerkschaftskassen zum „Schadensersatz" gezeigt, Beschlagnahmungsverfügungen und anderes.

Erreicht worden ist allerdings auch einiges: Zum einen hat die Zahl der Streikbrecher rapide abgenommen. Zum anderen hat es schon längere Zeit keine Angriffe mehr etwa von Lastwagenfahrern auf Streikposten gegeben, weil fanatisierte Einzelgänger mit massiven Gegenmaßnahmen zu rechnen hatten — ein spätes Beispiel für den bundesdeutschen Druckerstreik. Aber „nur ja um Himmels willen keine Gewalt" jammernde Gewerkschaftsfunktionäre findet man dort auch wesentlich weniger. Aus solchen Angriffen waren ja die beiden ersten Todesopfer dieses Streiks entstanden. Massive Vergeltungsabsichten hielten weitere Amokläufer offensichtlich ab. Die Gefahr droht jetzt direkt von der Polizei. Bereits zwei ältere Bergarbeiter mußten, nachdem sie geschlagen wurden, mit Herzanfällen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Zahl der Verletzten auf Bergarbeiterseite ist nicht zu übersehen, während natürlich die betroffenen Polizisten fein säuberlich aufgelistet wird und jeden Morgen zum Frühstück serviert wird.

7000 Festnahmen — das allein spricht schon eine deutliche Sprache. Menschen werden festgenommen, die nichts anderes tun, als ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. Aber damit freilich begehen sie das größtmögliche Verbrechen in einer kapitalistischen Gesellschaft: Sie stellen sich den Plänen des Kapitals in den Weg. Höchstens ein paar Dutzend von ihnen hatten bisher eine Polizeiwache von innen gesehen. Da werden Lernprozesse in Gang gesetzt ...

milieneinkommen richten, sinkt die Miete im Streikfall sofort. Für ein Häuschen mit fünf — relativ — kleinen Zimmern muß dann beispielsweise statt 92 Mark nur noch 8 Mark im Monat bezahlt werden. Aber auch solche Dinge wie zinslose Stundung von Rechnungen der Stadtwerke und eine ganze Reihe sozialer Unterstützungsmaßnahmen mehr stehen auf dem Programm der „Anti-Tory-Councils".

Da wird einem verschiedenes daran deutlich: Einmal, warum Maggie Thatcher so wild darauf ist, als Exempel den Greater London Council abzuschaffen. So soll eine an vielen Punkten echte Bastion des Widerstandes gegen die antisoziale Regierungspolitik beseitigt werden. Aber auch, was für ein beengtes Blickfeld für Möglichkeiten man aus den eigenen begrenzten bundesdeutschen Erfahrungen hat.

Die Säge jedenfalls wird aufgestellt, mit der Arbeit auch begonnen, während wir uns zu verabschieden beginnen. Wir bekommen gerade noch das Eintreffen und Abfahren der Pickets mit — zur Überraschung aller geht es wieder nach Carcroft. Die Absicht dabei: Eine Aktion am Freitag Nachmittag führt dazu, daß die Polizei übers Wochenende da stationiert bleibt, nicht nur nicht frei bekommt, sondern auch Montag morgen erst mal dort sein wird — und nicht woanders...

Dann, schon auf dem Weg zurück, noch eine Stippvisite in Orgreave. Das ist die Kokerei (und die gehören nicht zu den Zechen sondern zu den Stahlwerken) um die es vor einigen Monaten jene „Schlacht" gab, über die wir damals auch im Roten Morgen ausführlich berichtet haben, die bisher größte Konfrontation zwischen Gewerkschaft und damals 10000 Polizisten in diesem Streik.

Die Spuren davon sind noch zu sehen: verbrannte Baumteile, Reste von brennenden Barrikaden, von Pferden eingerissene Mäuerchen, zerstampfte Felder. Und als wir vor der Kokerei sind, werden wir von der Polizei angehalten — aber diesmal gilt es nicht uns. Zuerst ein Polizeikonvoi. Dann zwei Konvois mit rund 60 Tiefladern, die Koks abholen sollen, wohl fürs nahegelegene Stahlwerk Scunthorpe. Sozusagen „Reporterglück", denn das war neu, daß die Transporte in dieser Form stattfinden — der Bericht geht an die Gewerkschaft. Danach ist endgültig Sense, es geht zurück zum Busbahnhof. Ab in den Expressbus Richtung London. Drei Tage ist ein bißchen hoch gegriffen, eigentlich waren es nur 49 Stunden.

Auf dem Bahnhof wird es fast noch bewegt. Nochmals Dank für unsere Unterstützung, wir versprechen, weiterzumachen. Und daß wir hoffen, sie laden uns zu ihrer Siegesfeier ein.

Helmut Weiss



Gemeinsam: Streikende Berg- und Hafenarbeiter. Eine Einheit, die von den TGWU-Führern gespalten wurde...



Festgenommen: Norman Whittacker, Bergarbeiter und Bürgermeister des Bergarbeiterdorfes Grimeshame. Es ist kein Zufall, wenn immer wieder bekannte kämpferische Vertreter der Arbeiter von der Polizei festgenommen werden, es ist Absicht, es soll ausdrücklich zur Einschüchterung beitragen.

Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland

Vorstand

An die
Bezirksleitungen, Verwaltungsstellen
und Bildungsstätten der IG Metall

01/My-

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

aufgrund der Berichterstattung in der deutschen Presse über den Streik der britischen Bergarbeiter, insbesondere nach Annahme einer Solidaritätserklärung durch den britischen TUC-Kongreß, der zur Zeit in Brighton stattfindet, häufen sich die Anfragen nach einer eventuellen Unterstützungsaktion durch die IG Metall.

Im Vorstand der IG Metall finden zur Zeit Überlegungen statt, auf welche Weise den Familien der streikenden Bergarbeiter geholfen werden könnte. Die Meinungsbildung des Vorstandes ist jedoch noch nicht abgeschlossen, ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Wir sind darüber informiert, daß sich seit einiger Zeit der Vorsitzende der Region Kent der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, Joe Holmes, in der Bunderepublik aufhält, um für Unterstützungsmaßnahmen zu Gunsten der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM zu werben und auch Spenden entgegenzunehmen. Der Stadtverband Wuppertal der GEW versucht Informationsveranstaltungen über den Bergarbeiterstreik zu vermitteln und hat in diesem Zusammenhang auch eine Reihe von Verwaltungsstellen der IG Metall angeschrieben. Der britische Kollege reist weder mit Billigung noch etwa im Auftrage der IG Metall. Gleiches gilt für die Versuche, Spenden für die britischen Bergarbeiter einzusammeln.

Sollte Ihr in nächster Zeit auf Veranstaltungen, Spendenaktionen etc. angesprochen werden, bitten wir dies zurückzustellen, bis der Vorstand eine Entscheidung getroffen hat. In jedem Falle raten wir davon ab, Einzelpersonen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Falle eine positiven Entscheidung durch den Vorstand der IG Metall kommt eine Überweisung von Spenden nur auf das zentrale Konto einer Hilfsorganisation infrage.

Mit freundlichen Grüßen

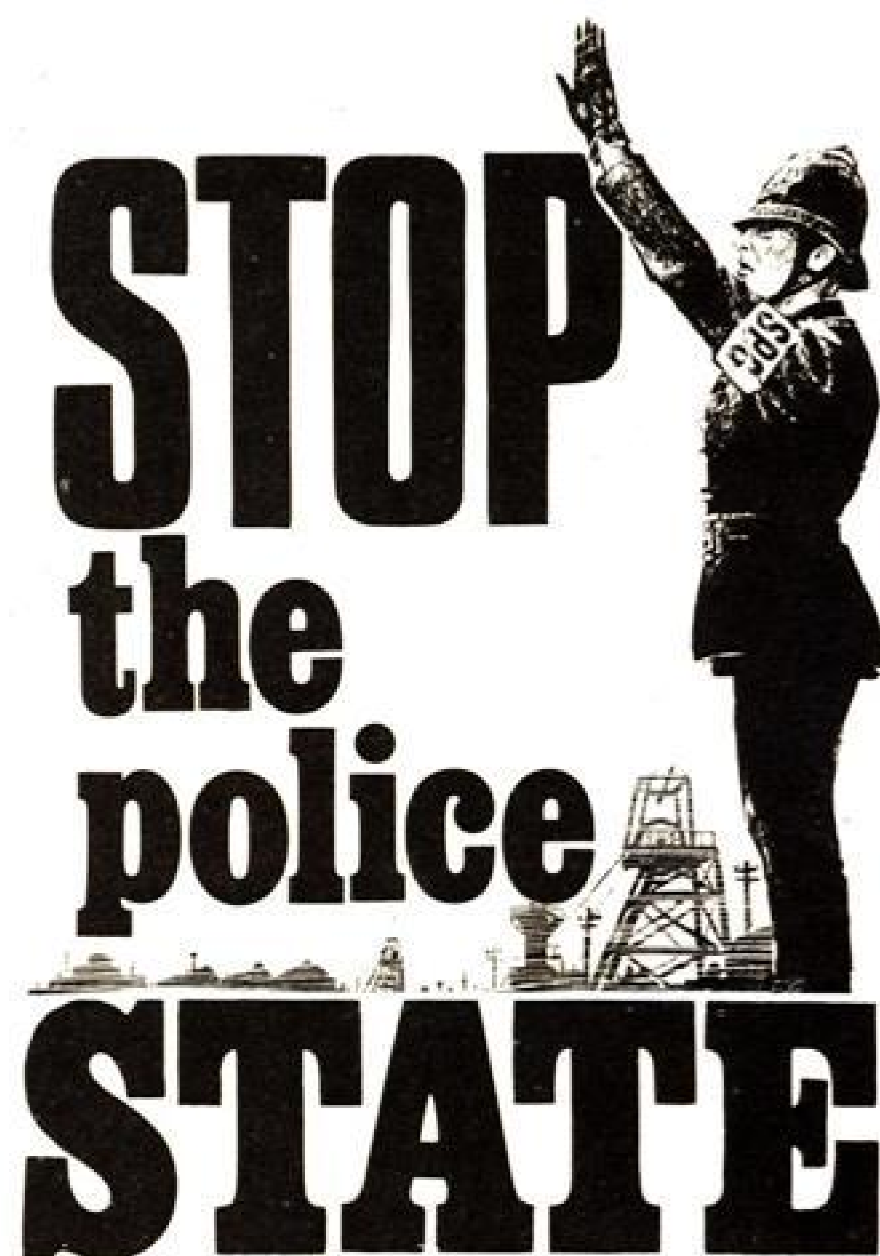
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
f.d. Bundesrepublik Deutschland
- Vorstand -

Hans Mayr

DGB

IGM-Solidarität?

Faksimile eines — inzwischen überholten — Briefes von Hans Mayr zur Solidarität mit dem britischen Berarbeiterstreik. Inzwischen haben er und seine Mannen „großzügig" erlaubt, daß gesammelt werden darf, allerdings nicht direkt an die NUM überwiesen. Auch wenn dadurch der Brief teilweise überholt ist: Eine schändliche Haltung ist es allemal.



Dieses Paket der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers) haben wir nachgedruckt — Verkauf zum Solidaritätspreis von 5,— DM

Aktionen gegen NATO-Herbstmanöver

In Hildesheim dabei

Ein Genosse der KJD berichtet

An die 150000 Soldaten probten im Raum Hildesheim den NATO-Krieg. Davon allein 130000 britische Soldaten. Eine der wichtigsten Übungen — die reibungslose Truppenverlegung ins Kampfgebiet. Einer der Fachleute dafür — Generalmajor George Thompson, der sich im Falkland-Krieg einen Adelstitel verdiente. Dabei aber eben auch einige hundert Manövergegner, die drei Tage lang versuchten, das Manöver zu behindern. Ein Genosse der Kommunistischen Jugend Deutschlands, der die ganze Zeit dabei war, berichtet:

„Das Camp dauerte vom 19. bis 22. September. Wir von der KJD waren aber schon vorher bei der Manöverbeobachtungsgruppe dabei, die die Aufgabe hatte, die Informationen zu koordinieren, die von den Camps — es gab insgesamt zehn — 'reinkamen.

Das Camp, in dem wir von der KJD zusammen mit Leuten aus Hamburg und Bremen waren, war auf dem Grundstück eines Bauern in Dingelbe, den wir vom „Freien Landvolk" kennen. Da waren Christen, Grüne, Autonome, wir, DKP-Leute, alles vertreten.

Am Mittwoch gab es dann die ersten Blockaden — in Rössing. Da wurde eine Stellung der Briten blockiert. Es hat so 20 Minuten gedauert bis die ersten Wagen der Polizei anrückten. Die Blockade dauerte zunächst noch an, als sich dann abzeichnete, daß die Polizei aktiv werden würde, wurde sie aufgelöst und es ging woanders weiter.

Am nächsten Tag wurde dann teilweise versucht, nicht nur feste Stellungen zu blockieren, sondern auch Truppenbewegungen zu behindern. An diesem Tag war die Polizei restlos überfordert. Im Polizeifunk war zu hören, daß keine Fahrzeuge mehr da waren, daß Mannschaftswagen nur noch mit zwei Mann besetzt werden konnten usw.

Am Freitag kam dann Wörner nach Herkensen bei Hameln zusammen mit dem britischen Kriegsminister Hesseltine. Es sollte eine Pressekonferenz abgehalten werden. Einige hundert Leute versammelten sich, blockierten den Eingang zur Pressekonferenz und riefen Parolen, z.B. „Raus aus der NATO". Es wurden auch einige Fernmeldekabel durchgeschnitten.

Einem Genossen der KJD gelang es, in die Pressekonferenz 'reinzukommen und dort etwas zu den Manövern zu sagen ...

Am Samstag, dem Abschlußtag, ist ein Teil des Manövers schlichtweg ausgefallen, weil sie Angst hatten, daß zu viele Leute kommen könnten. Da, wo was stattfand, gab es aber auch Blockaden.

Z.B. in Coppenbrüggen, wo gegen Mittag alles dicht war. Nachdem dort Hubschrauber die Blockade ausgespäht hatten, rückte Polizei und BGS an. Die Blockade löste sich dann auf.

Die Erfahrung aus den vorhergehenden Aktionen war, daß die Polizei aus den Autoreifen die Luft raus ließ und die Ventile wegwarf. Dann standen zwar die Autos immer noch da, aber sie konnten nicht so schnell an andere Stellen fahren. Tatsächlich verhindern, daß blockiert wurde, konnten Polizei und BGS nicht.

Das finde ich überhaupt sehr wichtig, daß diese ganzen Aktionen nicht nur symbolisch waren, sondern daß sie tatsächlich das Manöver real behindert haben.

Was nicht so gut lief, war der Kontakt mit der Bevölkerung. Es ist nicht gelungen, sie in größerem Maße auf unsere Seite zu ziehen. Obwohl es positive Ausnahmen gab. Unser Camp war praktisch Treffpunkt der Dorfjugend, da gab es auch gute Gespräche. Genossen von der KJD haben zum Teil dem Bauern geholfen, sein Stroh einzufahren usw. und das haben die anderen Bauern im Dorf natürlich auch mitbekommen und das hat dann dem Vorurteil von wegen Chaoten, sollen erst mal arbeiten gehen usw. auch ein bißchen Wind aus dem Segel genommen.

Die Demonstration in Hildesheim nachher war natürlich nicht so üppig wie man vielleicht erwartet hatte — ca. 6000 Leute. Wobei man dazu sagen muß, daß in der Zeit aber auch die Behinderungsaktionen noch weiterliefen.

Auch während der Abschlußkundgebung kreisten übrigens ständig Hubschrauber über Hildesheim, so daß man die Rednerinnen und Redner — es sprachen unter anderem Dorothee Sölle und ein Gast aus Nordirland — kaum verstehen konnte. Auf dem Platz wurde von einigen auch eine britische Fahne verbrannt.

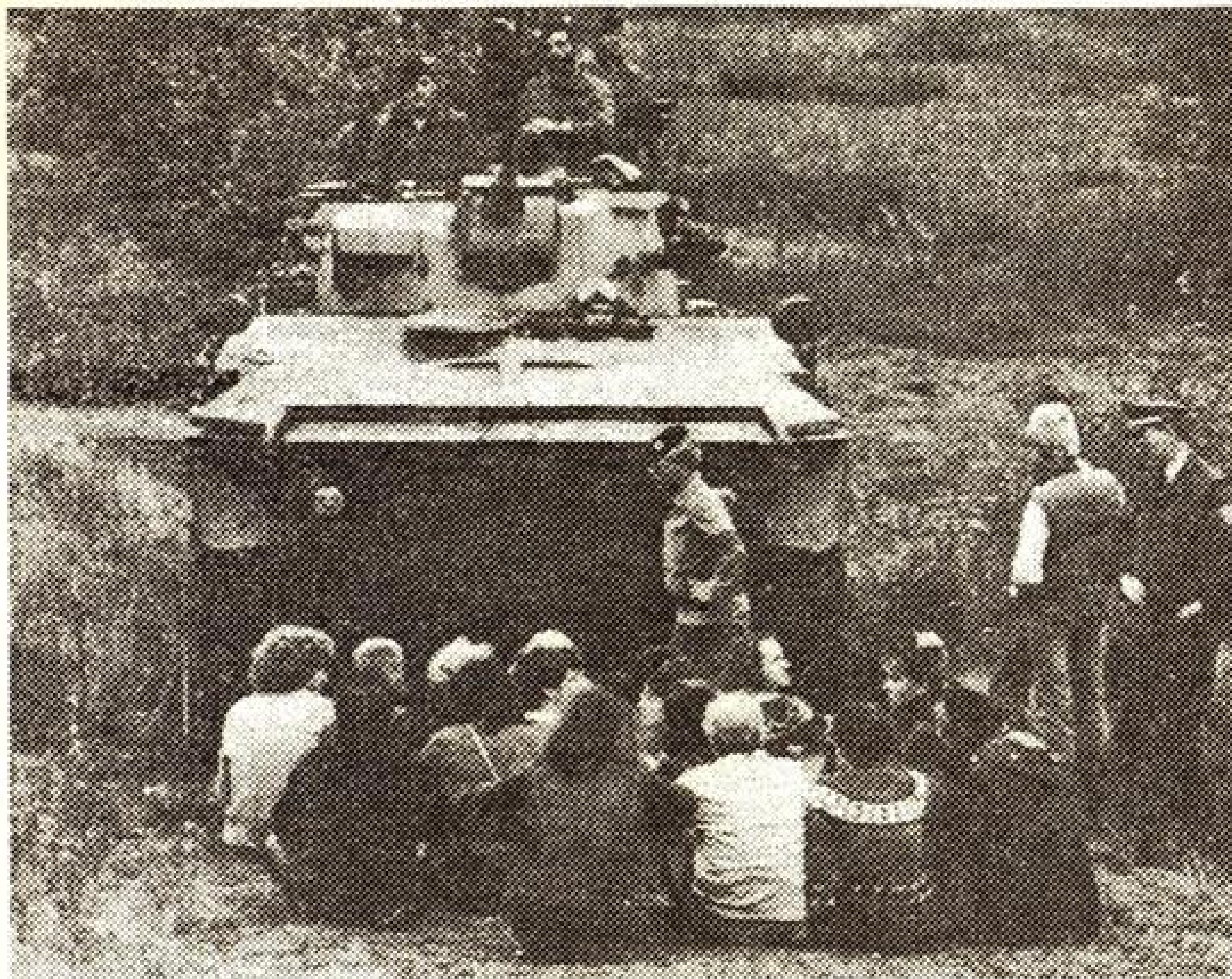
Die Partei war auf dem Platz mit einem Stand vertreten. Ein besonderer Erfolg war auch diesmal die „BLIND". Nachdem sie nach längerer Irrfahrt durch das Manövergebiet endlich da war, gingen einige tausend davon weg wie warme Semmeln."

Polizisten und Skinheads

Am Freitag umstellten drei Hundertschaften Polizei das Camp in Eddinghausen und schraubten bei 30 Autos die Ventile ab. Am Samstag morgen erschienen sie erneut — angeblich hatten sie aus der Bevölkerung Hinweise auf Waffen erhalten. Vier Stunden wurden die Demonstranten festgehalten.

Etwa gleichzeitig überfielen Unbekannte ein Wohngebäude in Nordstemmen, in dem eine Friedensgruppe übernachtete: ein Molotow-Cocktail flog gegen die Eingangstür, zwei große Steine durch das Fenster. Ähnliches passierte in Dieckholzen und Hildesheim. Eine Dieckholzener Wohngemeinschaft wurde dreimal bedroht: das erste Mal gingen Skinheads mit einem Schlagring auf einen Friedensstand los, dann versammelte sich eine Gruppe Skins drohend vor ihrer Haustür, schließlich wurde gegen drei Uhr morgens ein Brandsatz gegen die Tür geschleudert.

Die Hetzreden von Dregger und Konsorten sind also — wieder einmal — auf fruchtbaren Boden gefallen.



Mitglieder des internationalen Camps blockieren Panzer



Die Polizei läßt die Luft aus den Reifen der Autos, die sich an Behinderungsaktionen beteiligen

Manöver „Löwenherz"

Bombenabwurf mit chemischen Kampfstoffen

Störmanöver-Info vom 20.9.84 (Auszug)

„Über 500 Aktive aus Friedensinitiativen aus ganz Norddeutschland haben versucht, mit Blockaden und anderen Aktionen auch am 20.9. den Ablauf des Manövers ‚Lionheart' zu stören, weil dies für uns keine Manöver für ‚Frieden und Freiheit' sind, wie Herr Albrecht bei seinem Manöverbesuch behauptete, sondern direkte Kriegsvorbereitungsübungen.

Wie leichtfertig mit Menschenleben und Umwelt in diesem Kriegsspielen umgegangen wird, hat auch der gestrige Manövertag deutlich gemacht, an dem der Kampf um die Leineübergänge ausgefochten wurde. Um ca. 11 Uhr erfolgte ein Bombenabwurf mit chemischen Kampfstoffen beim Leineübergang Brügge.

Schon am 17.9. erfolgte ein Angriff mit chemischen Kampfstoffen auf den britischen Militärflugplatz Brüggen. Also auch in diesem Manöver wird offenbar das ‚integrierte Schlachtfeld' unter Einschluß chemischer und atomarer Waffen erprobt. Wie leichtfertig damit umgegangen wird, zeigt die Presseverlautbarung der Alliierten vom 18.9., wo behauptet wird, die Auswirkung dieser Massenvernichtungsmittel sei aufgrund von ABC-Ausrüstung der Soldaten ‚minimal'.

Mehrere Orte waren Opfer solcher Kriegsübungen, wo Soldaten und Panzer in den Vorgärten der Häuser Kriegsübungen abhielten.

In Rheden gruben britische Truppen mitten im Ort 6 Haubitzen ein. So konnte es nicht ausbleiben, daß Panzer durch die Ortschaft und über Bürgersteige donnerten, wobei Fahrzeuge, die aus Einfahrten herauskamen, nur mit Mühe Zusammenstöße vermeiden konnten. Wir betrachten es als eine Ermunterung für solche Rücksichtslosigkeiten, wenn Herr Albrecht bei seinem Manöverbesuch erklärte, daß er während seiner achtjährigen Amtszeit nicht eine einzige ernsthafte Klage über Schäden, die von den Streitkräften verursacht worden seien, erhalten habe'. Sowohl 1982 als auch in diesem Jahr haben die betroffenen Landvolkverbände bei der Landesregierung mit öffentlichen Eingaben protestiert. Herr Albrecht hätte gestern bei Betheln-Eddinghausen-Barfelden beobachten können, wie 30 britische Challenger Panzer auf einer Breite von mehreren Kilometern über Zuckerrübenfelder und frisch gepflügte Äcker vorrückten. Sie verwüsteten Zuckerrübenfelder, auch wenn nebenan die Felder schon gepflügt waren, oder es sogar wenige Meter daneben feste Straßen gab. Das widerspricht eindeutig den Ankündigungen der Manöverleitung, die Flurschäden minimal zu halten.

Bei Eddinghausen im Gronauer Forst wird demnächst ein britisches Munitionsdepot mit 18 ha Größe aufgebaut, 35000 Bäume sollen hier gefällt werden. 80 Prozent der örtlichen Bevölkerung haben sich gegen diesenPlan ausgesprochen, 5 weitere Depots sind in dieser Region geplant, die für eine offensive Kriegsführungsplanung heute notwendig sein sollen. Uns wundert deshalb nicht, daß gerade in dieser Gegend unsere Aktionen auf vergleichsweise große Sympathie gestoßen sind, auch wenn wir nicht verhehlen wollen, daß größere Teile der Bevölkerung ganz offen Sympathie für die Manöver hegt, wobei vielfach über eine Faszination über solche Kriegstechnik vergessen wird, wozu eigentlich solche Waffen dienen. Viele andere hingegen sind nur skeptisch, ob unsere Aktionen irgendetwas bewirken oder ändern könnten. Sicher ist, da die Manöver in den Orten und vor allem unsere Protestaktionen dazu beitragen, daß die Bevölkerung diese ganz anders verfolgt und darüber diskutiert.

Das ist sicherlich ein Erfolg unserer Aktionen, auch wenn die gestrigen rund ein Dutzend Behinderungs- und Blockadeaktionen nur in Einzelfällen eine halbe Stunde Manöverteile aufhalten konnten."



Die Landbevölkerung leidet unter den NATO-Manövern, hier haben sich Soldaten auf einem Hof eingenistet!

Opus Dei — die „heilige Mafia“

Aachener Oberbürgermeister Kurt Malangré seit 30 Jahren Mitglied im Opus Dei

Am Donnerstagmorgen, dem 6. September, fuhr der Aachener CDU und ihrem OB Kurt Malangré ein „heiliger“ Schreck durch die Glieder. Auf Wahlplakaten und sonstigen freien Flächen befanden sich Plakate, die vor der heiligen Mafia und ihrem Aachener Kandidaten warnten.

Die CDU fühlte sich natürlich augenblicklich an Politik im „Stürmer“-Stil erinnert und befürchtete das Kaputtgehen demokratischer Verhältnisse. OB Malangré wandte sich mit einer offiziellen Erklärung an die „verehrten Mitbürgerinnen und Mitbürger“. Er meinte, man wolle ihn vor den Kommunalwahlen am 30.9. persönlich schädigen und Mißtrauen gegen ihn säen. Inhaltlich Stellung zum Opus Dei nahmen weder er noch die CDU.

Staatsanwaltschaft und Polizei, die „nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sind, gegen die fortgesetzte Begehung einer strafbaren Handlung auch schon vor Eingang des erforderlichen Strafantrags einzuschreiten“, beschlagnahmten am 8.9. auf dem Aachener Marktplatz Flugblätter und Plakate, da „der Verdacht besteht, mit den Plakaten und Flugblättern werde nicht nur kritisch über die Aktivitäten von Opus Dei informiert, sondern auch aufgrund der augenfälligen und bildlichen Gestaltung Oberbürgermeister Malangré in beleidigender Form persönlich angegriffen“. (Beide Zitate aus der Erklärung von Oberstaatsanwalt Klein von der Staatsanwaltschaft Aachen.)

Informationen zum Opus Dei gab es dann auf der von VVN, Initiative „Schützt die demokratischen Rechte“ und Jusos organisierten Veranstaltung am 14. September, für die mit besagtem Plakat geworben wurde. Als die Veranstaltung um 19 Uhr begann, waren „schätzungsweise 700 Menschen im Saal, sitzend und stehend auch in den Gängen und vom Eingang nachschiebend, und einige hundert draußen, die versuchten, wenigstens durch die geöffneten Fenster noch etwas vom Geschehen drinnen mitzukriegen“. („Aachener Nachrichten“ vom 17.9.)

In mehreren Referaten, u.a. von Jürgen Roth, wurde über das Opus Dei informiert. Rudolf Gottfried von der Initiative „Schützt die demokratischen Rechte“ bezeichnete in seinem Vortrag Aachen als eine Hochburg des Opus Dei, weil ein regelrechtes Netz von Opus-Dei-Leuten die Stadt überzieht.

Hier einige Details aus seinem Referat: Von 1953 bis 1971 war Malangré zweiter Vorsitzender des Opus-Dei-Vereins „Studentische Kulturgemeinschaft“ mit Sitz in Bonn. Noch heute ist er im Vorstand. Geschäftsführer des Vereins: Dr. Hans Thomas, Aachen, Oppenhoffalle 6. Mitglied ferner Dr. Werner Schmidt, heute Essen, früher Aachen, der vor einigen Wochen in Köln als einer von drei Opus-Dei-Vertretern aufgetreten ist, um für die Einsetzung von Opus-Dei-Priestern in der Pfarrei Köln-Holweide zu werben.

Dr. Hans Thomas ist auch Geschäftsführer der Opus-Dei-Gründung „Lindenthal Institut“. Generalsekretär dort Dr. Ruthard von Frankenberg und Ludwigshof, früher Aachen, heute Leiter des Opus-Dei-Büros Öffentlichkeitsarbeit am Opus-Dei-Bundessitz Köln.

Ableger der „Studentischen Kulturgemeinschaft“ ist in Aachen das „Bildungszentrum Erk“, Oppenhoffallee 6, dem Opus Dei zugerechnet wird auch der „Jugendclub Heristal“, Pontstr. 152. Im „Förderkreis für das Jugendzentrum Erk“ ist der CDU-Politiker und Stadtrat-Kandidat Peter Roggendorf. Sein Bruder, Dr. Johannes Roggendorf, gehört zu den 25 Opus-Dei-Priestern in der BRD.

Löst sich das „Bildungszentrum Erk“ einmal auf, so fällt das Vermögen an die „Rhein-Donau-Stiftung“ in München. Geschäftsführer dort: Dr. Hans Thomas, Aachen. Bis 1981 war Michael Roggendorf Generalsekretär der „Rhein-Donau-Stiftung“, er wechselte dann in den Vorstand und wurde abgelöst von Dr. Werner Schmidt (s. o.). Im Verein ist auch Dr. Fritz Pirkl, bayerischer Staatsminister a. D., jetzt neben Kurt Malangré im Europa-Parlament.

Kurt Malangré ist auch Vorsitzender des Opus-Dei-Vereins „Fördergemeinschaft für Schulen in freier Trägerschaft“. Diese Fördergemeinschaft ist zum Beispiel Träger des Jülicher Mädchengymnasiums St. Joseph. In Jülich gab es 1981 einen Proteststurm gegen Opus Dei. Seitdem sind die Zahlen der Erstklässler rapide zurückgegangen.

Für die Arbeit des Opus Dei stellt Kurt Malangré einen Aktivposten besonderer Art dar: Mit dem Hinweis auf ihn kann Opus Dei bei neuen Mitgliedern oder Eltern allen etwaigen Zweifeln oder Vorbehalten gegenüber Opus Dei auf Vertrauen und Beruhigung setzen. Und genau das ist es, warum sich Malangré nicht auf den Standpunkt stellen kann, seine Opus-Dei-Mitgliedschaft sei seine Privatsache, genau das ist es, warum sich Malangré nicht aus der Verantwortung stehlen darf, für so viel Elend, das die Arbeit des Geheimbundes in Familien und in den Köpfen von Jugendlichen anrichtet.

Es darf nicht länger so sein, daß es Schüler oder Lehrer von Aachener Schulen nicht in der Öffentlichkeit wagen, über ihre schlimmen Erfahrungen mit den Häusern „Erk und Heristal“ zu sprechen, weil sie Repressalien fürchten, daß katholische Priester aus Aachen ihre Kritik am wachsenden Einfluß des Opus Dei nicht öffentlich äußern können, weil sie mit schwersten innerkirchlichen Konsequenzen zu rechnen haben.

Der evangelische Pfarrer Albrecht Bausch berichtet: „Ich habe gestern noch mit einer betroffenen Familie gesprochen. Vater Bundesrichter. Die älteste Tochter ging zum Opus Dei. Die Eltern leiden schwer unter der Entfremdung. Der Vater hat mir versichert: ‚Alles was in den Büchern gegen Opus Dei geschrieben steht, das stimmt total.‘“

Der ehemalige Referent für Jugendsekten im Kölner Generalvikariat bescheinigte dem Opus Dei eine Nähe zu Jugendsekten wie der Vereinigungskirche (Mun-Sekte).

Das Opus Dei in Lateinamerika

In Lateinamerika sitzen sowohl in der Finanzwelt als auch in den politischen Rängen eine ganze Reihe von Opus-Dei-Leuten.

Nicht anders in den USA, wo sie am außenpolitischen Konzept Reagans maßgeblich mitgearbeitet haben sollen. Eines der prominentesten Opus-Dei-Mitglieder dort: Die Uno-Botschafterin Jeane Kirkpatrick.

In **Chile** gehörten Opus-Dei-Mitglieder zur reaktionären Front gegen die Allende-Regierung, nach dem Putsch waren Opus-Dei-Leute Berater des Generals Pinochet.

In **Argentinien** arbeitet das Werk Gottes mit der AAA (Apostolisch-antikommunistische Allianz Argentinien) zusammen. Ihr Chef und Gründer Lopez Rega ist Opus-Dei-Mitglied. Die AAA war eine berüchtigte rechtsextremistische Terrororganisation und Rekrutierungsstelle für die Todesschwadrone. Nach dem Putsch im Juni 1966 waren es Opus-Dei-Leute, die politische Führungspositionen während der Diktatur übernahmen. In dem kirchlichen Konflikt um die „Theologie der Befreiung“ steht das Opus Dei zweifellos auf der Seite der traditionalistischen Konservativen und der reaktionären Kräfte der Kirche. Um so schwerer wiegt, daß mittlerwele auch in der CELAM, der lateinamerikanischen Bischofskonferenz, ein Opus-Dei-Freund, Kardinal Alfonso Lopez Trujillo Generalsekretär wurde.

Ein internationaler Geheimbund

Jose Maria Ruiz Mateos, der Mann, der den spansichen Rumasa-Konzern leitete, ist Opus-Dei-Mitglied. Er mußte aus seinem Heimatland verschwinden, als die spanische Regierung die Konsequenz aus der Einsicht zog, daß in diesem Konzern nichts mit rechten Dingen zuging. Das Opus Dei war am Rumasa-Konzern beteiligt und es verdient wohl auch mit an den millionenschweren Wirtschaftsvergehen, die Herrn Mateos vorgeworfen werden. Dieser gilt als der reichste Mann Spaniens und als einer, der Millionen in das Opus Dei pumpte.

Die wirtschaftliche Macht der Ordensleute ist beachtlich. Sie sind in Spanien und anderen Ländern an Wirtschaftsunternehmen beteiligt, haben Schlüsselpositionen in Banken, wie der Banco Popular Espanol, der Bank Atlantik u.a. Eines der größten spanischen Magazine, ABC, gehört zu Opus Dei, ebenso die spanische Nachrichtenagentur EFE.

Im Umfeld des ehemaligen französischen Staatspräsidenten tauchte der Name Opus Dei bei der Affäre um die ‚Schnüffelflugzeuge‘ auf, bei der der französische Staat um 500 Mio. Francs erleichtert wurde.

Als einige Kirchenbanker, wie Erzbischof Paul Marcinkus, durch den Zusammenbruch der Banco Ambrosiano des Robert Calvi in Bedrängnis gerieten, weil die Vatikanbank IOR nicht nur Beteiligungen an der Calvi-Bank hatte, sondern auch an ihren illegalen Geschäften beteiligt war, war das Opus Dei hilfreich zur Stelle. Erklärungen der Witwe Calvis zufolge, war ihr Mann nach London geflogen, um mit dem Opus über eine Übernahme der Vatikan-Anteile an der Banco Ambrosiani zu verhandeln. Für Roberto Calvi endeten diese Verhandlungen unter einer Londoner Brücke hängend. Seine Witwe: „Die Loge P2, Opus Dei und führende christdemokratische Politiker sind für den Tod meines Mannes verantwortlich“.

Ein ehemaliges Mtglied des Opus Dei berichtet: „Ich kann nur bestätigen, daß das Opus Dei einen großen Einfluß in der deutschen Wirtschaft und Schlüsselpositionen in der Politik und der Kirche besitzt. Ich selbst wurde Zeuge eines Symposiums im Studentenwohnheim des Opus Dei, zu dem rund 120 führende deutsche Wirtschaftsvertreter und Vorstandsvorsitzende deutscher Industriefirmen wie Krupp, Bayer und andere zusammenkamen.“

Literatur:
Jörg Fischknecht u. a., Die unheimlichen Patrioten, Limmat Verlag
Klaus Steigleder, Das Opus Dei — eine Innenansicht, Benzinger Verlag
David Yallop, Im Namen Gottes?, Droemer Knaur
Rudolf Schermann, Die Guerilla Gottes, Econ Verlag
J. Roth, B. Ender, Dunkelmänner der Macht, Lamuv Verlag

„Opus Dei — Das Werk Gottes“

Die Opus-Dei-Bibel „Der Weg“, geschrieben vom spanischen Gründer Josemaria Escrivá, enthält 999 Lebensregeln, u.a.: — „Dutzendmensch werden? Du ... zum großen Haufen gehören, der Du zur Führung geboren bist?“ — „Du spürst den Drang zu führen? Gut, sehr gut.“ — „Vorwärts! Mit heiliger Unverschämtheit ... bis Deine Pflicht ganz und gar erfüllt ist.“ — „Wenn Du ein öffentliches Amt bekleidest (!), ... ist gerade das Dein ‚Angelhaken als Menschenfischer‘ ... Möge Gott Deine Netze mit Wirksamkeit füllen.“ — „Mögen auch Deine Bußgeißeln täglich frische Blüten treiben.“

Führer, Bußgeißeln, solche Maximen werden in den Opus-Dei-Zentren in eine atemberaubende Praxis umgesetzt. Mittelalterliche Sühnemethoden wie Folterungen am eigenen Körper mit gezackten Stahlketten und Bußbändern gehören zum Alltag der Eliteschüler Gottes. Auch bei Jugendlichen sind solche „Abtötungen“, wie sie Escrivá nennt, üblich. Zahllose Zugenaussagen von Ehemaligen belegen dies: Schritt für Schritt werden sie — manchmal noch 13jährig — vom Elternhaus entfremdet und in den Wirkungsbereich des Opus Dei hineingezogen, dort zu bedingungslosem Gehorsam und psychischer Abhängigkeit ihrem „geistigen Leiter“ gegenüber „erzogen“. — „Weißt Du nicht, daß Du ein Abfalleimer bist?“, fragte schon Escrivá seine Jünger.

Die Strategie des „Gotteswerks“: Seine Zentren verstekken sich überall in der Bundesrepublik hinter neutral klingenden Tarnorganisationen wie „Forum für Bildung und Kultur“ oder — in Aachen — „Studentische Kulturgemeinschaft“.

Der Opus Dei hat 73000 Mitglieder in fast 90 Ländern. „Der Weg“ wurde über drei Millionen mal verkauft. Seine große internationale Aufwertung erfuhr das Gotteswerk 1982. Der Papst erteilte dem Orden „Personalprälatur“, das heißt, das Opus Dei ist nur noch dem Vatikan selbst unterstellt, sein Vormarsch somit jeder weiteren Kontrolle entzogen. Unumstritten gilt Papst Woityla als guter Freund des Opus Dei. Nach seinen Wünschen soll Escrivá heilig gesprochen werden.

(aus: taz vom 19.9.84)

Aachener Stadtzeitung „Klenkes“:

Interview mit Oberbürgermeister Malangré

Klenkes: Herr Malangré, seit wann sind sie Mitglied des Opus Dei?

Malangré: Ich bin, glaube ich, seit 30 Jahren Mitglied des Opus Dei. Irgendwann fragt sich jeder einmal, ob mit diesem Leben alles zu Ende ist, oder, ob es nach dem Tode weitergeht. Wer nun annimmt, wie ich es als Christ tue, daß nach dem Tod das Eigentliche erst beginnt, der muß auch irgendwann Entscheidungen nach seinem Gewissen treffen. Und nun ist, glaube ich, eins wichtig, daß man diese Entscheidung in völliger Freiheit trifft und nur vor seinem eigenen Gewissen verantworten muß. Und ich habe diese Entscheidung so getroffen, daß ich als normaler Katholik versuche beim Opus Dei meine Hilfe zu bekommen, damit ich das Ziel, daß ich mir vorstelle, nach dem Tode auch erreiche.

Klenkes: Welche Aufgabe übernehmen Sie innerhalb der Arbeit des Opus Dei?

Malangré: Ich habe keine Aufgabe. Ich erhalte dort nur Hilfe, um meinen eigenen religiösen Weg zu gehen.

Klenkes: Und ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied im Verein „Fördergemeinschaft für Schulen in freier Trägerschaft“?

Malangré: Der Verein ist keine Sache des Opus Dei. Das ist ein völlig freier Verein, in dem auch Mitglieder des Opus Dei arbeiten. Der Verein wurde vor cirka 10 Jahren von der Diözese gebeten, die Schule in Jülich zu übernehmen.

Klenkes: Dem Opus Dei wird von Kritikern oft sein geheimbündlerisches Verhalten vorgeworfen, etwa weil keine Mitgliedsverzeichnisse existieren. Sie werden sagen, das ist die Sache eines jeden einzelnen. Warum aber, steht z.B. in der Oppenhoffallee nicht dran, daß dort ein Zentrum des Opus Dei zu finden ist?

Malangré: Ja, das Opus Dei ist nicht sehr reklamefreudig, so will ich es mal sagen. Es geht auch niemanden etwas an, ob Herr Schmitz diesen oder jenen religiösen Weg nimmt.

Klenkes: Für den einzelnen ist das auch sicher richtig. Aber das Opus Dei ist eine Organisation, die einen bestimmten Einfluß ausübt und müßte daher auch erkennbar sein. Das ist aber nicht der Fall.

Malangré: Ich glaube, wer das Opus Dei finden will, kann sich an den Consilarius wenden oder an das Informationsbüro in Köln wenden.

Klenkes: Aber in Aachen ist unter dem Namen Opus Dei nichts im Telefonbuch zu finden.

Malangré: Ich könnte mir denken, daß da keine großen Hindernisse bestehen, auch ein Schild dranzuhängen, aber mir würde das ehrlich widerstreben.

Klenkes: Aber so wie ihre Arbeit als Oberbürgermeister auf das Opus Dei zurückfällt, ob sie wollen oder nicht, so ist es doch für die Öffentlichkeit bemerkenswert, wenn Opus Dei Mitglieder in Spanien während der Franco-Diktatur verschiedene Ministerposten besetzten, und noch fragwürdiger scheint es uns, wenn Opus Dei Mitglieder nach dem Putsch in Chile in der Pinochet-Regierung mitgewirkt haben. Ist Ihnen das bekannt?

Malangré: Das weiß ich nicht, keine Ahnung, was in Chile ist.

Klenkes: Aber es ist doch sicherlich nicht zu bestreiten, daß das ein undemokratischer Akt war, der sich in Chile abgespielt hat und es Opus-Dei-Mitgliedern nicht gut ansteht, da mitzuwirken.

Malangré: Das ist doch die eigene politische Entscheidung, ich kann doch nicht erwarten, daß alle Opus-Dei-Mitglieder die selben Ideen von Demokratie haben wie ich. Vielleicht gibt es Monarchisten unter ihnen, weiß ich doch nicht, das ist mir auch völlig egal. Die müssen nur sehen, daß sie auch ihren Weg ins ewige Leben finden. Das Opus Dei ist doch auch nicht eingeschworen auf eine bestimmte Staatsauffassung.

Klenkes: Nicht auf eine bestimmte Staatsauffassung, aber schon auf christliche Grundsätze.

Malangré: Das, würde ich sagen, ja.

Klenkes: Und die sind doch sicherlich in Chile mit Füßen getreten worden.

Malangré: Weiß ich nicht. Kann ich nicht beurteilen. Ich bin nicht in Chile gewesen. Für micht sind mittel- und südamerikanische Verhältnisse ziemlich undurchsichtig. Ich kann nicht entscheiden, wie die Gewissensentscheidung von Leuten ausgesehen hat, in der Regierung mitzuwirken.

(Das Interview ist gekürzt — RM.)

★★★★★★★★★★★★★★★★★★

WARNUNG

VOR DER "HEILIGEN MAFIA" UND IHREM AACHENER KANDIDATEN





KURT MALANGRÉ

MITGLIED IM GEHEIMBUND

OPUS DEI

VERANSTALTUNG: AM 14. September, 19^{00}, GASTSTÄTTE JAKOBSHOF; STROMGASSE

ENTHÜLLUNGEN ÜBER DEN GEHEIMBUND "OPUS DEI" UND SEIN TREIBEN IN AACHEN.

Sachverständige äußern sich zu folgenden Vorwürfen gegen OPUS DEI: -"Gehirnwäsche" an Jugendlichen; - Unterstützung faschistischer Diktaturen; - Konspiration mit ultrarechten Geheimbünden; - Beteiligung an Waffenschmuggel, Drogenhandel, Finanzbetrügereien.

ES SPRECHEN: JÜRGEN ROTH, Journalist (Frankfurt), Autor des Buches "Dunkelmänner der Macht";
WERNER KREBBER, (Gelsenkirchen, verschiedene Veröffentlichungen über OPUS DEI) zum Thema: "Der diskrete Charme des OPUS DEI - Charakter u. Struktur der "Santa Mafia"
EHEMALIGE MITGLIEDER DES OPUS DEI AUS DEN RAUM AACHEN

GEZEIGT WIRD DOKUMENTARISCHES FILMMATERIAL ÜBER OPUS DEI.

Veranstalter: Initiative Schützt die demokratischen Rechte; Jungsozialisten Aachen; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten.

★★★★★★★★★★★★★★★★★★

Südafrika:

Bergarbeiterstreik

In der Südafrikanischen Provinz Transvaal sind bei schweren Unruhen in mehreren Goldbergwerken nach Polizeiangaben mindestens sieben Personen getötet und 140 weiterere verletzt worden.

Nach einem kurzen Arbeitskampf waren bessere Lohn- und Urlaubsbedingungen von der Bergarbeitergewerkschaft durchgesetzt worden. Die schwarzen Arbeiter verlangten aber auch Sicherheit ihrer Arbeitsplätze. Als sie dafür vor den Gruben demonstrierten, ging die Polizei mit Tränengas und Schrotgewehren gegen die Demonstranten vor. Diese Polizeieinsätze auf Verlangen der Bergwerksleitung führten zu großen Straßenschlachten, in deren Verlauf Häuser in Brand gesteckt und geplündert wurden. Das Unternehmen „Johannesburg Consolidatet Investments", dem die von den Unruhen betroffenen Bergwerke gehören, bezeichnete die Schäden als „umfangreich". Die Bergarbeitergewerkschaft machte die Polizei für die Toten verantwortlich und beschuldigte die Polizei brutal gegen „friedlich demonstrierende Arbeiter" vorgegangen zu sein.

Auch in anderen Bergwerken war es zu Streiks gekommen. 30000 bis 40000 Bergleute haben am vergangenen Montag gestreikt. Im Juli hatten die Bergwerkskonzerne nach gescheiterten Verhandlungen freiwillig 14 Prozent Lohnerhöhung gezahlt. Die Gewerkschaftsforderung war jedoch 25 Prozent. Jetzt gibt es ein neues Unternehmerangebot über 2,3 Prozent und die schon bewilligten 14 Prozent. Die Gewerkschaftsseite ist teilweise mit ihrer Forderung schon auf 18 Prozent heruntergegangen. Die Diskussion über die Ausrufung eines großen Streiks geht unter den Bergarbeitern noch weiter. Ein Sprecher der Gewerkschaft erklärte in der vergangenen Woche, man warte auf das Ergebnis von Umfragen unter den Mitgliedern, ob sie ein Angebot der Bergwerksgesellschaften über die zusätzliche Erhöhung des Urlaubsgeldes annehmen wollten.

Nicht beendet sind auch die Unruhen anläßlich der Einführung des Scheinparlaments für Mischlinge und Inder. Die Organisationen für Schwarze, die 75 Prozent der Bevölkerung vertreten hatten für den vergangenen Montag zu einem Boykottag aufgerufen. Anlaß war die erste Sitzung dieses neuen Parlaments. Die Anti-Apartheid-Organisationen hatten dazu aufgerufen, an diesem Tag einfach zu Hause zu bleiben. Knapp die Hälfte aller Geschäfte blieb auch geschlossen, Busse fuhren halb leer durch die Gegend, Taxis fuhren gar nicht. Jugendliche, die Straßensperren errichtet hatten und Polizeiautos mit Steinen bewarfen, wurden aus gepanzerten Wagen mit Tränengas angegriffen.

In der schwarzen Vorstand Katlehong bei Johannesburg sind wieder zwei Männer von Gummigeschossen der Polizei getötet worden.

Zehn Jahre nach dem Sturz Haile Selassies

Äthiopien — ein Staat voller Probleme

Größte Hungersnot droht

Die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Revolution sowie die feierliche Gründung der Arbeiterpartei Äthiopiens haben rund 30 Millionen Dollar gekostet. Aber in Addis Abeba war das Militär nicht nur zum Feiern zusammengekommen — man hatte auch Angst vor Aktionen der verschiedenen Befreiungsbewegungen des Landes, die in verschiedensten Provinzen mehr Macht haben als die Zentralregierung.

Vor zehn Jahren stürzten Offiziere des Derg, eines oppositionellen Militärkomitees den feudalen Herrscher Haile Selassie. Diese Operation hatte breite Zustimmung im Volke, die feudalen Grundeigentümer, die Parasiten am Volk waren verhaßt. **Heute, 10 Jahre nach dieser Revolution, steht die äthiopische Regierung in schweren Auseinandersetzungen: nicht etwa mit den Überresten der alten Ausbeuterklassen des Kaiserreichs, sondern mit linken, antiimperialistischen Bewegungen im ganzen Land. In mindestens sechs Provinzen ist Krieg — die Aufrechterhaltung der Militärmacht frißt einen großen Teil der Einkünfte des Landes, das heute, zehn Jahre nach Selassie, nicht mehr produziert als zu des Kaisers Zeiten. Und nach Angaben verschiedenster internationaler Organisationen droht in Äthiopien eine der größten Hungersnöte Afrikas ...**

So kann der „Rote Morgen" nicht in den Jubel miteinstimmen, den die UZ von der DKP, den die gesamte DDR-Presse verbreitet: „Zehn Jahre Revolution in Äthiopien" — da bleibt wirklich nicht viel zu feiern. Den Menschen geht es nicht besser, es ist Bürgerkrieg im Land, eine Hungersnot droht, und die Bindung an die Sowjetunion, die Äthiopien eingegangen ist, erweist sich immer mehr als Fessel.

Mengistu Haile Mariam ist der starke Mann Äthiopiens. Pünktlich zur Zehnjahresfeier präsentierte er die Arbeiterpartei Äthiopiens (APAE). Nach fünfjähriger Vorarbeit einer Kommission zur Organisierung der Partei der Werktätigen Äthiopiens (COPWE) fand jetzt der Gründungskongreß in Addis Abeba statt. Als „eine marxistisch-leninistische" Partei charakterisierte Mengistu seine neue Partei, die in einer ihrer ersten Stellungnahmen die bedeutende Rolle der sozialistischen (die Moskau-abhängigen sind gemeint) Länder hervorhob. Mengistu ist da unzweideutig. Schon 1982 hat er den Führungsanspruch der KPdSU für die weltweite „kommunistische Bewegung" anerkannt. Im Lande selbst läßt er sich von seinen Anhängern gern als „größten Marxisten-Leninisten" Äthiopiens feiern. Nur hat das alles bis heute nicht den vor allem gewünschten Erfolg gehabt: Die Aufnahme in das Wirtschaftssystem COMECON, das nach der Eingliederung Kubas und Vietnams keinerlei Neigung zeigt, noch einen „teuren" Partner aufzunehmen. So bleibt es vor allem bei der Militärhilfe der Sowjetunion für Mengistu und sein Regime, die erhoffte Wirtschaftshilfe kommt nicht in dem Umfang, daß Äthiopien aus seiner prikären Lage herauskäme.

In der revisionistischen Presse wie der UZ wird der Gründungskongreß der „Arbeiterpartei" auch als ein Arbeiter- und Bauernkongreß dargestellt. Aus Äthiopien selbst wurde aber mitgeteilt, daß gerade 25 Prozent der Mitglieder Arbeiter und Bauern seien, und das wird offiziell als „bedauerlich tief" bezeichnet. Die Macht in der neuen Partei, gerade auch nach den ersten Parteiwahlen, haben vor allem die schon regierenden Militärs, dazu noch viele Vertreter aus dem Staats-



apparat, Polizisten, Beamte, Leiter verstaatlichter Unternehmen. Offensichtlich war die Bildung dieser Partei, als Unterbau einer schon bestehenden Macht, nicht die Sache der kleinen Leute.

Aus den erwähnten Berichten ist natürlich auch kein Wort über die Befreiungsbewegungen zu erfahren, die schon lange einen Kampf — teilweise seit Helassies Zeiten — führen. Wir zitieren dazu einen Bericht der Zeitschrift „New African" vom September 1984. Diese Zeitung gilt als gut informiert und beschreibt die reale Lage in Äthiopien wie folgt:

„Die wachsenden Machtbefugnisse der Zentralregierung in Addis Abeba stehen in krassem Widerspruch zur tatsächlichen Kontrolle des Landes durch das Regime von Mengistu Haile Mariam.

Die Oromo Liberation Front, die das Mehrheitsvolk der Oromos repräsentiert, kämpft mit 5000 Mann in den östlichen Provinzen (Hararghe, Bale und Sidamo) und hat vor kurzem in Wollega mit 500 Kämpfern eine neue Front eröffnet. Sie wird von 5 bis 7000 Bauernmilizen unterstützt und hat sich innerhalb des letzten Jahres zu einer ernstzunehmenden Kraft entwickelt. Zur gleichen Zeit ist es auch der erithreischen Befreiungsfront EPLF nach 20jährigem Kampf gelungen, das von ihr kontrollierte Gebiet auszudehnen und der Zentralarmee empfindliche Verluste zuzufügen. Am allerschwächsten aber ist die Position der Regierung in der an Erithrea angrenzenden nördlichen Provinz Tigray. Die Tigray Liberation Front TPLF hält nach eigenen Angaben 80 Prozent des Territoriums und konnte ihre Einflußzone ständig ausweiten. Außerdem leistete sie Schützenhilfe bei der Gründung zweier weiterer Widerstandsbewegungen: Seit kurzem ist in Wollega das „Ethiopian Peoples Democratic Movement" (EPDM) aktiv und auch in Gondar tauchte eine neue Gruppe auf, über die noch nichts Näheres bekannt ist.

Unter diesen Umständen wird die neue Partei nichts anderes sein als eine Diktatur aus Militärs und städtischen Eliten, die in erster Linie die Region um die Hauptstadt repräsentieren."

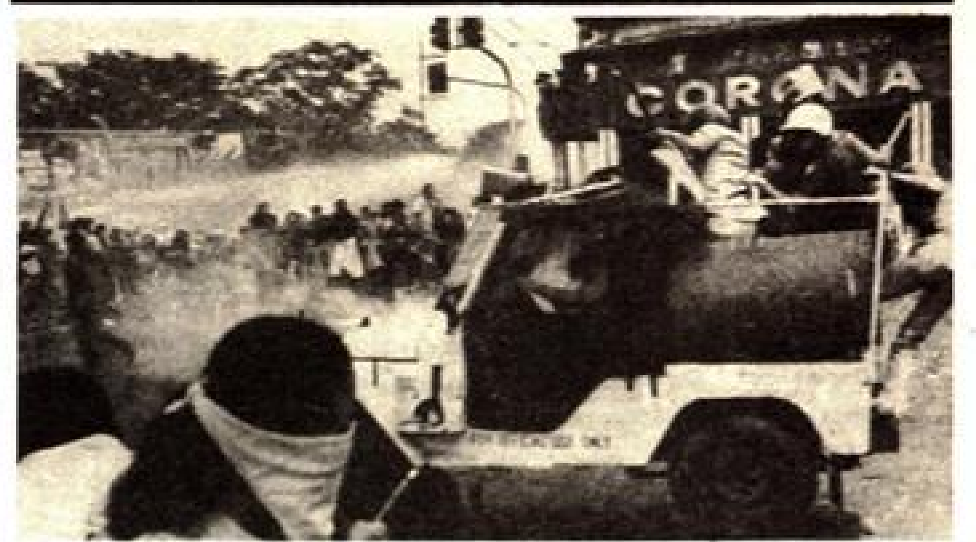
(Colin Legum, in „New African" 9/84)

So bleibt, zehn Jahre nach dem Sturz von Haile Selassie nicht viel zu feiern — es bleiben Gründe genug aber für die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Äthiopien, die gegen das Mengistu-Regime kämpfen.



Erich Honecker war eigens nach Addis Abeba gereist, um ein Karl-Marx-Denkmal (s. Foto) einzuweihen. Viel „östliche" Prominenz, vom Politbüromitglied der KPdSU angefangen, war zu den Feierlichkeiten gekommen, bei denen es hieß, daß Äthiopien am Beginn einer *„neuen Etappe der sozialökonomischen Entwicklung stehe, in der unter der Führung der marxistisch-leninistischen Avantgardepartei die volksdemokratische Republik als sozialistischer Staat geschaffen wird".* Schöne Worte, aber Lug und Betrug, wie die Wirklichkeit des Landes und der aktive Kampf breiter Bevölkerungskreise gegen das Regime beweisen.

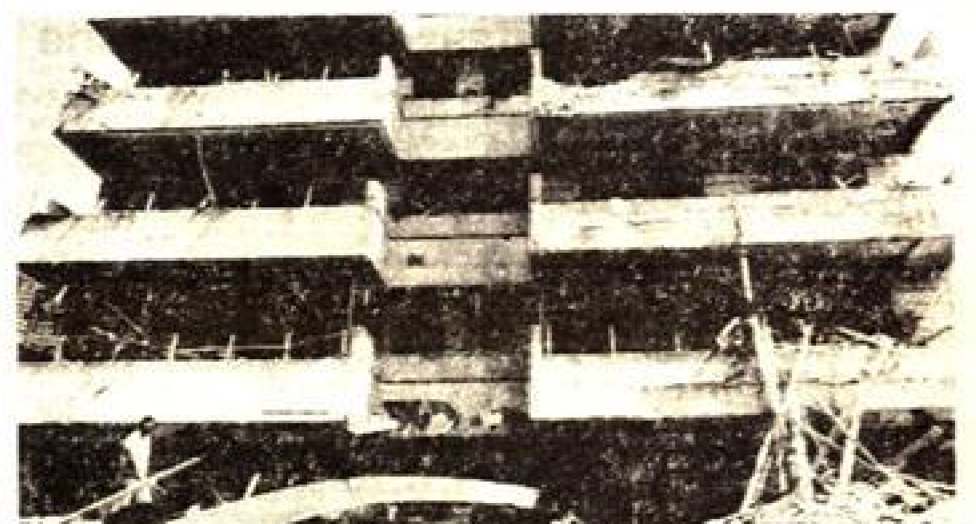
Unruhen auf den Philippinen



Manila. — Zu schweren Auseinandersetzungen kam es in Manila, nachdem über 1000 Demonstranten den Regierungspalast des Diktators Ferdinand Marcos eine Nacht lang belagert hatten. Am vergangenen Samstag morgen griffen philippinische Sicherheitskräfte ein und gingen brutal gegen die Demonstranten vor. Unter Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas gab es viele Verletzte.

Auf den Philippinen wurden jetzt erste Einzelheiten des Untersuchungsberichts über die Ermordung des Oppositionspolitikers Aquino bekannt. Danach ist es eindeutig, daß hohe Militärs den Mord geplant haben, daß es auch abgemacht war, den Attentäter sofort zu erschießen, um keinerlei Hintergründe bekannt werden zu lassen. Zwar sagt der Untersuchungsbericht, daß der Diktator Marcos nicht an diesem Mord beteiligt gewesen sei, aber die Verwicklung der Spitze seiner Militärs in diese Affäre ist der Beweis dafür, daß es die Diktatur war, die den Oppositionspolitiker umbrachte. Der Untersuchungsbericht kommt noch zu einer anderen interessanten Auffassung: Die Übergriffe von Polizei und Militär, so heißt es dort, führten dazu, daß die bewaffnete Opposition immer stärkeren Zulauf habe. Der RM berichtete vor wenigen Wochen ausführlich darüber. Auch die neuen harten Auseinandersetzungen zeigen, daß die Marcos-Diktatur sich auf ziemlich konsequenten und harten Widerstand gefaßt machen muß.

USA — Raus aus dem Libanon



Erst im Juli hatten die USA ihr neues Botschaftsgebäude im Osten von Beirut bezogen, weil die Verhältnisse in West-Beirut für sie nicht sicher genug waren. Jetzt detonierte eine Bombe vor dem neuen Gebäude — 23 Todesopfer, ein Großbrand, ein zerstörtes Gebäude — die Quittung dafür, daß die USA sich nicht aus dem Libanon und der Region zurückziehen. Nach dem Anschlag auf die alte Botschaft in Westbeirut am 18. April 1983 und dem Anschlag auf das Hauptquartier der US-Marines am Beiruter Flughafen vom vergangenen Oktober ist dies die dritte Aktion der Organisation „Islamischer Heiliger Krieg", die sich gegen die USA im Libanon wendet. Diese Gruppe, die verschiedentlich den schiitischen Anhängern Khomeinis zugeordnet wird, hat vermutlich wieder über eine Autobombe die Botschaft getroffen.

Sicherlich war der Zeitpunkt des Anschlags auch nicht zufällig gewählt worden. In diesen Tagen jährt sich zum zweiten Mal der Tag der Massaker von Sabra und Shatila, als israelische Truppen unter dem Schutz der USA Massaker in Palästinenser-Lagern in Beirut verübten. Anläßlich dieser Massaker kam es in fast allen noch vorhandenen Palästinenser-Lagern zu Protest- und Gedenkdemonstrationen. Im Südlibanon gingen die israelischen Besatzer dabei mit großer Härte und Brutalität gegen Palästinenser vor. Auch im von Israel besetzten Westjordangebiet gab es Demonstrationen. Hier verhängten die Zionisten Ausgangsverbote und führten viele Hausdurchsuchungen durch.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Ein Bild der Frau in der Sowjetunion

„DAS SCHWACHE GESCHLECHT“

Den folgenden Artikel übersetzte die taz (Mi. 5.9.) aus „International Herald Tribune“. Unsere Meinung: Das kann doch nicht wahr sein! Oder ...?

Die ideale sowjetische Frau kann Knöpfe annähen und Kartoffeln schälen und respektiert das „starke Geschlecht“ grundsätzlich. „Die wahre Stärke einer Frau liegt nicht in ihrer physischen Stärke, sondern in der Schwäche ihres Geschlechts“, so der sowjetische Psychologe V. Garbuzov in einem Artikel der offiziellen Gewerkschaftszeitung der UdSSR „Trud“.

„Mit ihrer Zartheit, ihrem typisch weiblichen Taktgefühl und ihrer Zärtlichkeit gewinnt sie zuerst das Herz ihres Vaters, später ihres Ehemannes.“ Jungen und Mädchen seien nun einmal unterschiedlich, sagt Garbuzov.

„Noch bevor sie in die Schule geht, kann sie schon einen Knopf annähen, die Wäsche bügeln und Kartoffeln schälen“, beschreibt der Artikel ein ideal aufwachsendes Mädchen.

„Ein rauhes und grobes Mädchen wird sich zu einer rauhen und groben Frau entwickeln. Um das zu verhindern, muß ein Mädchen von den ersten Jahren an auf ihre schöne Bestimmung als Frau, Ehefrau und Mutter vorbereitet werden.“

Der Artikel erschien gerade zu dem Zeitpunkt, als die letzte sowjetische Heldin, die Kosmonautin Svetlana Savitskaya, zur Erde zurückkehrte, nachdem sie als erste Frau einen Spaziergang durchs All unternommen hatte. Frau Savitskaya und zwei männliche Kosmonauten landeten mit ihrer Soyuz T-12 am Sonntag in Zentralasien.

Garbuzov zeigte sich über eine Untersuchung, nach der Frauen ihre Männer nicht respektieren, alarmiert. Er schiebt dafür den Frauen die Schuld zu, die die Zahl der Männer überflügelt hätten, weil diese fast im ganzen Jahrhundert in Krieg und Revolution sterben mußten. „Ich befürchte, daß dies die Schuld der weiblichen Hälfte der Familie ist, die ständig ihre Männer als dumm, untauglich und betrunken brandmarkt“, so der Artikel.

alle mal herhören!
FOTOKOPIEN 20 Pf. pro Stk.
Die Thälmann-Buchhandlung gibt es jetzt 2 Jahre
Margaretenstraße 58, Tel: 4300709
~ Hamburg ~

Das RM Abo zum halben Preis!

SONDERAKTION
NUR 30 DM für ein Jahr RM
BIS 31.10.84:

Ich abonniere den RM für
○ 1 Jahr (30 DM) 1/2 Jahr (15 DM)
○ Ich schicke Verrechnungsscheck
○ Ich möchte Vorausrechnung

Name ....
Straße ....
PLZ/Ort ....
Einsenden an Verlag RM, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAGEN BRECKERFELD

2. Bundesweites Treffen der Initiativen „Bürger beobachten die Polizei“, Erfahrungsaustausch. Interessenten wenden sich an: Monika Liesegang, Sternstraße 20, 4600 Dortmund 1, Tel.: (0231) 161990, (Anmeldungen bis 10.10.). Ort: Hagen-Breckerfeld, Naturfreundehaus, Datum: 19.—21. Oktober 1984

DORTMUND

Wahlveranstaltung der KPD Dortmund
Freitag, 28. September, 19.30 Uhr
Gaststätte Zeppelin, Mallinckrodtstraße am Nordmarkt
„Warum KPD wählen?“ — Es spricht Horst Dieter Koch, Vorsitzender der KPD.
Redebeiträge, Musik, Kabarett, Überraschungen

ÖTV-TARIFRUNDE

Die RGO führt gemeinsam mit der GIM am 30.9.1984 eine auch für andere interessierte Gewerkschafter offene Konferenz zur bevorstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst durch.

Themen u.a.:
1. Lage in der ÖTV nach der letzten Tarifrunde und dem Gewerkschaftstag;
2. Diesjährige Tarifrunde, Klassenkräfte in dieser Auseinandersetzung;
3. Welche Möglichkeiten haben die linken, klassenkämpferischen Kräfte beim konkreten Eingreifen in die Tarifrunde?

Die Konferenz findet statt am Sonntag, 30. September von 11.00 Uhr bis ca. 17.00 Uhr in Dortmund, Haus Göbbeln, Schützenstraße/Ecke Feldherrnstraße.

WESTBERLIN

Kultur- und Informationsveranstaltung aus Anlaß des Marsches gegen Ausländerfeindlichkeit: Freitag, 28.9., 16.30 Uhr im TU-Audimax: Diskussionsveranstaltung, Themen: „Ausländervertreibungspolitik“, „Politische Rechte für Ausländer“ u.a. Ebenfalls Freitag 28.9., 19.00 Uhr Podiumsdiskussion mit Vertretern der IGM, SPD und AI zum Thema: „Ausländerfeindlichkeit als Regierungsprogramm?“.
In diesem Zusammenhang:
Stammtisch der KPD/Moabit
Themen: Die Ausländerpolitik von Senat und Bundesregierung — ISt die BRD ein Einwanderungsland? Warum kommunales Wahlrecht für Ausländer?
Am Freitag, 5.10., 19.00 Uhr, Ort: Probierstube, Bochumer/Essener Str.

HAMBURG

Sozialismus — aber wie?
Eine Reihe politischer Bildungsabende. Die ersten Themen: „Staat und Sozialismus“ und „Ökonomie und Sozialismus“. Weitere Themen sind die Erfahrungen Lenins beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, sowie die Grundlagen des „real existierenden Sozialismus“ der revisionistischen Länder, besonders die Produktionsweise der DDR.
Die ersten Termine: Donnerstag, 27.9. und Donnerstag 18.10 jeweils um 19.30 Uhr in der Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, 2000 Hamburg 6

HAMBURG

Korrektur: Die im vorletzten RM angekündigte Veranstaltung mit britischen Bergarbeiterfrauen findet in Hamburg, organisiert von HBV, GEW, IGM und anderen Gewerkschaften am 2. Oktober statt (und nicht, wie angekündigt, am 10.10.).

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956 geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.